

DIE ALTERNATIVE



UMDENKEN!

DIE ARBEITERINNEN VON WIEN • FRAUEN:
SCHNELLER „GLEICH BERECHTIGT“

Herausgegeben von

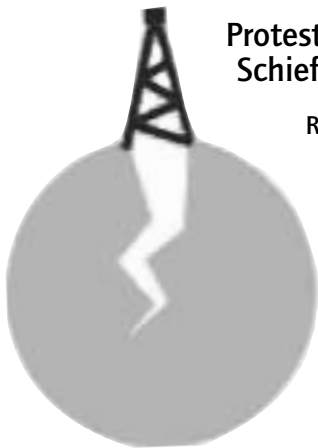


Jänner/Feber 2012

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr. 0021012558



Protest gegen den von der OMV geplanten Schiefergasabbau im Weinviertel

Riesige Mengen Schiefergas, mit denen angeblich der Gasverbrauch in Österreich für bis zu dreißig Jahre abgedeckt werden soll, möchte die OMV künftig im Weinviertel abbauen. Bereits 2012 soll mit Probebohrungen begonnen werden.

Das in tief liegenden Tonsteinformationen vorkommende, sogenannte Schiefergas konnte bislang nur mit besonders umweltzerstörenden Mitteln gefördert werden. In den USA, wo seit Jahren Schiefergas aus dem Boden geholt wird, werden enorme Mengen Wasser, vermischt mit hochgiftigen und krebserregenden Chemikalien, in die Bohrungen gepresst, warnt die Initiative Schiefes Gas. Da keine Bohrung hundert Prozent dicht ist, seien dort nachweislich Chemikalien, Gas und radioaktive Stoffe ins Trinkwasser gelangt. Die OMV verspreche zwar neue, umweltverträgliche Methoden einzusetzen, die seien aber auf der ganzen Welt bislang nirgends erfolgreich eingesetzt worden, warnt Greenpeace-Energiesprecher Jurrien Westerhof im Gespräch mit Jutta Matysek vom Radio-Orange-Umweltmagazin „Open Up“.

Ausserdem sei die forcierte Gasförderung klimapolitisch kontraproduktiv. Es würde massiv in eine neue Gasförderinfrastruktur im Weinviertel investiert und damit die Abhängigkeit von fossiler Energie prolongiert, anstatt dieses Geld sinnvoller für die Nutzung erneuerbarer Energieträger oder thermische Sanierungsmassnahmen zu verwenden. Mit den hundertdreißig Millionen Euro, die allein die Probebohrungen kosten, könnten fünftausend Häuser so saniert werden, dass darin keine Energie mehr fürs Heizen aufgewendet werden müsste.

Die BürgerInneninitiative „Schiefes Gas“ fürchtet nicht nur das Risiko, dass Gas und Radioaktivität ins Trinkwasser gelangen, sie fürchtet auch neue Zufahrtsstrassen für LKW und schwere Maschinen, kilometerlange Pipelines, um Millionen Liter Wasser her- und wegzupumpen, Lärm, Schmutz und Schadstoff-Emissionen.

Information, Unterschriftenlisten: www.weinviertelstattgasviertel.at



AUGE/UG goes Betriebsrats-AkademikerInnen

Rudolf Haberler, stv. Betriebsratsvorsitzender des „Österreichischen Hilfswerks für Taubblinde und hochgradig Hör- und Sehbehinderte“ (links) und Karin Samer, Betriebsratsvorsitzende der „Kinderfreunde Wien“ (rechts) haben die Wiener BetriebsrätInnen-Akademie abgeschlossen. Am 1. Dezember 2011 fand die feierliche Überreichung der Zertifikate durch ÖGB-Präsident Foglar und Arbeiterkammer-Präsident Tumpel statt.

Die AUGÉ/UG freut sich und gratuliert „ihren“ frischgebackenen Betriebsrats-AkademikerInnen zum „ausgezeichneten Erfolg“!

ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugood.at

ug-vida.at

we4you-ug.at

DIE ALTERNATIVE

IM JÄNNER/FEBER

AKTUELL

Umdenken zur Bewältigung der Krise	Seite 4
Privatisierungen: Die ArbeiterInnen von Wien	Seite 8
Pension: Schneller gleich berechtigt	Seite 10

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Sozialgipfel Reloaded	Seite 13
FSW: Viele Fragen, wenig Antworten.	Seite 14
Flexwork-MitarbeiterInnen im FSW.	Seite 15

MAGAZIN

2010: So viele Arme wie noch nie	Seite 18
Kaputtsparen: Deutsche Traumata.	Seite 20
Gewerkschaften in demokratischen Prozessen	Seite 25

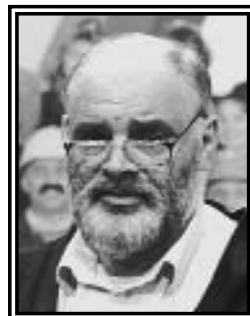
INTERNATIONAL

Widerstand in Britannien	Seite 28
Kasachstan: Solidarität ist nötig	Seite 31

SPEZIAL
MUCH

.	Seite 16
-----------	----------

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) Redaktion, Satz, Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), www.ug-oegb.at, Bank: BAWAG Kto.Nr. 00110228775 Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702. **OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25, MEDIENGESETZ** Medieninhaber der „Alternative“ ist der Verein „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen – UG“. Mitglieder des Bundesvorstandes sind: Klaudia Paiha, Helmut Deutinger, Fritz Schiller, Karin Samer, Julienne Hartig, Piet Grusch. Herausgegeben wird die „Alternative“ von den „Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB“ (UG) Die **Unabhängigen GewerkschafterInnen** – ein Zusammenschluß überparteilicher und unabhängiger Listen im ÖGB – sind eine Gewerkschaftsfraktion, die für die Demokratisierung der Arbeitswelt und der Gewerkschaften eintritt. Die Linie der „Alternative“ wird von diesen Intentionen bestimmt. Geschäftsführender Vorsitzender der UG ist Markus Koza, Finanzreferent ist Peter Grusch.



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

NACHLESE 2011

2011 war ein bemerkenswertes Jahr, was die Gehaltspolitik österreichischer Gewerkschaften betrifft. Den Anfang machten wie jedes Jahr die Metaller. Allerdings in ungewohnter Härte. Unmißverständlich wurden knallhart 5,5 Prozent gefordert. Dieser Forderung wurde auch mit einer Reihe von Warnstreiks Nachdruck verliehen. Dann ging's sehr rasch.

Mit immerhin 4,2 Prozent fuhr man das beste Ergebnis der Herbstlohnrunder ein. Andere Gewerkschaften nahmen sich an dieser Strategie ein Beispiel. Zum Beispiel die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten.

Erstmals seit Menschengedenken legte sich der Bundesvorstand auf eine konkrete Forderung fest: Kein Abschluss unter 4,65 Prozent. Und: Rücknahme der angekündigten Nulllohnrunde in der Steiermark und der Minderrung des zu erwartenden Abschlusses um ein Prozent in Oberösterreich. Die Regierung bot 2,95 Prozent an. Das Ergebnis ist bekannt.

2,95 Prozent – also genau das, was die Regierung angeboten hat. Allerdings erst ab Feber. Also sind's eigentlich nur 2,7 Prozent. An diesem mageren Ergebnis ändert auch die stärkere Berücksichtigung der Niedrigverdiener nichts. Auch in der Steiermark und in Oberösterreich holte sich die GdG-KMSfB eine Abfuhr. Sie können's halt nicht besser!

Darf ich an dieser Stelle wie jedes Jahr auf die beiliegenden Abo-Zahlscheine verweisen. Bitte einzahlen!

Diese Krise ist ohne ein Umdenken nicht zu meistern.

Von Gerhard Kohlmaier.

UMDENKEN!

Die politische und ökonomische Antwort auf die seit 2008 andauernde Krise ist so widersprüchlich und so wenig geklärt wie der Terminus „Krise“ selbst. Wovon sprechen wir? Sprechen wir von einer Krise der Finanzmärkte, der Realmärkte, der Staaten, der Politik, des EUROs, unseres Wirtschaftssystems oder gar unserer Demokratien?

Wir sprechen in erster Linie von einer Krise des Geldes, von einer Krise des Kapitals, welches durch die Möglichkeiten zur Geldvermehrung, die dem global agierenden Finanzkapital seitens der Politik in die Hand gelegt wurden, sich von der realen Wirtschaft längst losgelöst und zu einem reinen Machtinstrument geworden ist, welches den sozialen Frieden, Staatsformen, die Gesellschaft als Ganzes und nicht zuletzt die Natur und die Zukunft kommender Generationen bedroht.

In zweiter Linie sprechen wir von einer Krise eines neoliberalen Wirtschaftssystems. Es zeigte sich, dass die sogenannten Märkte, welche Ökonomen gerne als naturgegebenes logisches und damit berechenbares Phänomen betrachten, alles andere als berechenbar sind. Nichts desto trotz agieren Ökonomen und Politiker weiterhin mit den völlig unzureichenden Instrumentarien eines Systems, dessen

Modelle längst widerlegt sind. Die vermeintlichen Sachzwänge, die „Naturgesetze“, nach denen Ökonomie angeblich funktioniert, entpuppen sich als Ideologiekonstrukte der Ökonomen, welche sich in den Dienst der Finanzmärkte und der Regierungen, die sich ebenso der Macht der Finanzmärkte ausgeliefert haben, gestellt haben. Das ist auch der Grund dafür, dass soziale Prozesse nicht mehr als solche begriffen werden, sondern als Gegenstände, welche man beliebig steuern kann. Der Konsum, die menschliche Arbeit, die Gesellschaft, ja sogar gesellschaftliche Werte verkommen auf diese Weise zu steuerbaren Objekten. Die Freiheit des Marktes bewirkt die Unfreiheit der Menschen.

In weiterer Hinsicht sprechen wir von einer Krise der Politik, genauer gesagt von einer Krise der politischen Parteien. Diese wurden zu Handlangern der Interessen des Finanzkapitals, die Bevölkerung der Staaten hat dies zugelassen, weil sie den schleichenden Prozess der Auflösung demokratischer Strukturen lange Zeit für einen individuellen Vorteil gehalten und den Versprechungen des Marktes auf eine Wohlstandsvermehrung für alle Glauben geschenkt hat. Doch die inzwischen längst widerlegte ökonomische Theorie eines Adam Smith, wonach der gesellschaftliche Wohlstand sich aus einem Summierungseffekt von Eigeninteressen ergebe, wurde und wird weiterhin von der überwiegenden Mehrheit der Politiker europäischer Staaten vertreten. Die Folgen davon sind schwerwiegend. Sie reichen vom weiteren Niedergang demokratischer Strukturen, über ein weiteres Auseinandertriften der Schere zwischen Arm und Reich bis hin zur Verschärfung der ökologischen Probleme.

Das einzige, worauf sich diese Ökonomen und Politiker aller Farben stützen, ist die Hoffnung, man könne diesen Wahnsinn der Geld- und Machtgier des spekulativen Finanzkapitals dadurch zu Fall bringen, indem man noch mehr Geld ins System schießt. Diese Hoffnung hat sich jedoch in den letzten drei Jahren nicht nur als trügerisch erwiesen, sie hat dazu geführt, dass ganze Volkswirtschaften in noch höhere Abhängigkeit vom Finanzkapital gerieten. Sie hat bewirkt, dass die vorgegebene, vielfach aber auch selbst auferlegte Verpflichtung, die Freiheit der Märkte und des Kapitals zu gewährleisten, die Politik und die Menschen zunehmend zu Sklaven dieses Finanzkapitals degradierte.

Solange als oberster gesellschaftlicher Wert die Macht des Geldes anerkannt wird, werden dieser Machtfaktor und die dahinter stehenden Interessen alle gesellschaftlichen Instanzen und sozialen Vorgänge durchsetzen und seine Machtposition weiterhin ausbauen. So lange die Politik und die Ökonomen nicht bereit zum Umdenken sind, das heißt dieses auf der Macht des Geldes aufbauende System einer kritischen Überprüfung unterziehen und Alternativmodelle dazu wachsen lassen und unterstützen, so lange werden sie diese Krise nicht lösen können. Sie können vielleicht ihre Konsequenzen weiterhin etwas verschleiern, die Katastrophe (von der niemand genau weiß, wie sie aussehen wird, weil auch sie nicht prognostizierbar ist) hinauszögern, aber lösen werden sie die Probleme im Interesse der Mehrheit der Menschen nicht, wohl aber – zumindest kurzfristig – im Interesse der machthabenden Minderheit. Obwohl also ein prinzipielles Umdenken, ein



MAG. GERHARD
KOHLEMAIER

IST MITARBEITER DER
STEUERINITIATIVE IM ÖGB.



anderes Wirtschaften, ein anderes gesellschaftliches Wertbild auf Dauer unumgänglich sein werden, um die Krise erfolgreich zu bekämpfen, gibt es seitens der politischen Parteien kaum Anzeichen dafür. Es wird also auf die Bevölkerung ankommen, in welchem Maße sie Druck auf die Parteien und Regierungen ausüben kann, um auch unter den derzeit geltenden Systemvoraussetzungen Bedingungen zu schaffen, welche zumindest die Vormachtstellung des Finanzkapitals zu bremsen vermögen. Dazu gehört eine Änderung der Steuerpolitik.

Aus diesem Grunde kommt der derzeitigen Diskussion über die Art und Weise der Budgetsanierung eine ganz besondere Bedeutung zu. Es geht dabei nicht nur um die vielbeschworene

gerechtigkeit, das auch, aber in erster Linie geht es um Lenkungseffekte, welche Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserer Gesellschaft haben.

Das Finanzkapital muss nicht gestärkt, es muss geschwächt werden. Finanzmärkte sind nicht zu beruhigen, sondern zu beunruhigen. Das bedeutet, dass wir Veränderungen in der Besteuerung von Finanzvermögen brauchen. Dabei ist es wesentlich zwischen Kapital, welches der realen Wirtschaft zugute kommt, also wieder in volkswirtschaftliche Prozesse investiert wird, und Kapital, welches auf den Finanzmärkten für Spekulationen verwendet wird beziehungsweise in Steueroasen gehortet wird, zu unterscheiden. Letzteres ist rigoros zu besteuern,

und damit meine ich mit einem Prozentsatz zwischen siebzig und achtzig Prozent. Gewinne, welche wiederum in Unternehmen, in die reale Wirtschaft investiert werden, sind jedoch steuerlich spürbar zu entlasten. Die schon so oft geforderte Finanztransaktionssteuer ist unverzüglich einzuführen, auch wenn Österreich mit dieser Maßnahme zunächst alleine dastehen sollte.

Wertzuwächse aus dem Verkauf von Liegenschaften und aus der Umwidmung von Grundstücken sind, ungeachtet von Fristen, mit fünfzig Prozent zu besteuern.

In der Landwirtschaft ist die Anhebung der Gewinnpauschalierung von 65.500 auf 100.000 Euro nach dem

Bitte umblättern

Einheitswert (sie erfolgte 2010) sofort wieder rückgängig zu machen. Diese Bemessung führt dazu, dass landwirtschaftliche Großbetriebe von etwa 120^{ha} mitunter in die Steuerfreigrenze kommen und keine Einkommenssteuer zahlen. Die Einkommenssteuer im landwirtschaftlichen Bereich ist vielmehr progressiv nach einer Einnahmen-, Ausgabenrechnung zu gestalten. Eine Besteuerung von Vermögen muss zudem zu einer echten Umverteilungswirkung innerhalb der volkswirtschaftlichen Verteilung der Wertschöpfung führen. Es geht dabei in keiner Weise um eine Enteignung, vielmehr um eine Rückführung von Anteilen einer volkswirtschaftlich erzielten Wertschöpfung, welche dem Großteil der ArbeitnehmerInnen vorenthalten worden ist.

Um einen ernstzunehmenden Beitrag zur Vermeidung von Steuerhinterziehungen zu leisten, ist die Abschaffung des Bankgeheimnisses ein Gebot der Stunde. Die Stiftungssteuersätze müssen angehoben werden, um das „Parken“ von Kapital unattraktiv zu machen. Österreich, das nach einer Untersuchung des „Tax Justice Network“ weltweit an 17. Stelle von 73 aufgelisteten Steueroasen liegt (Standard, 4. Oktober 2011), hortet selbst massenweise unbesteuertes Geld und trägt somit nicht unwesentlich zur Budgetmisere europäischer Staaten bei. Es zeugt von einer besonderen Schwäche der österreichischen Politik oder aber von politischer Korruption, dass sich das österreichische Bankwesen nach wie vor erfolgreich gegen die Einführung transparenter Strukturen zur Wehr setzen kann, noch dazu, als einige Bankinstitute zu Langzeitempfängern von Steuergeld entartet sind. Es ist absolut unverständlich und in einer Demokratie nicht hinnehmbar, dass sich diese verstaatlichte und eigentlich bankrotte Hypo Alpe Adria Bank im Jahre 2010 neun Vorstandsmitglieder geleistet hat, von denen jeder zirka 338.000 Euro jährlich erhielt. Und es handelt sich dabei um dieselbe Bank, welche sich bereits wieder um Steuergeld anstellt. 1,5 Milliarden Euro sollen es demnächst sein.

Die steuerliche Begünstigung von Kapitalgesellschaften durch die Möglichkeit der Gruppenbesteuerung muss wieder abgeschafft werden. Es ist volkswirtschaftlicher Unsinn, Gewinne

steuerlich abschreiben zu können, indem man sie gegen Verluste, welche Tochtergesellschaften im Ausland erzielen, aufrechnen kann. Unter anderem führt diese Regelung zu einer Konzernenerweiterungspolitik, welche man durchaus als fahrlässig bezeichnen kann und deren Folgen wiederum zu Lasten des Budgethaushalts und somit der Steuerzahler gehen.

Ein weiterer, wichtiger steuerpolitischer Ansatz ist die steuerliche Entlastung von Arbeit. Dazu ist die Wertschöpfungsabgabe ein wesentlicher Beitrag. Arbeits- und personalintensive Betriebe, wie die Industrie oder das Gewerbe, werden so steuerlich entlastet, kapitalintensive, wie beispielsweise Banken oder Versicherungen, belastet.

Darüber hinaus brauchen wir endlich auch eine ökologische Steuerreform, wo für die Schäden an unserer Umwelt und an der Gesundheit in erster Linie der Verursacher in die steuerliche Pflicht genommen wird und ökologisch und wirtschaftlich sinnvolle Lenkungseffekte erzielt werden.

Übrigens: Anfang des Jahres schuldeten die Unternehmen dem österreichischen Fiskus über 1,3 Milliarden Euro, im August 2011 erließ das Finanzamt Salzburg-Land einem wegen Abgabenhinterziehung angeklagten Unternehmer 650.000 Euro an Steuerschuld, indem es den Betrag einfach „löschte“. Man darf gespannt sein, wie hoch die Steuerschuld der Unternehmen mit Beginn dieses Jahres ist. Inte-





ressant wäre auch zu erfahren, wie hoch die Steuerschuld beziehungsweise die Steuernachlässe für Arbeitnehmer sind. Aber diese haben keine Steuerschulden, daher gibt es auch keine „Löschungen“? Vielmehr überlassen diese sogar aus Unwissenheit ihre durch die Arbeitnehmerveranlagung einzufordernden geringen Steuernachlässe dem Fiskus.

Wesentlich wird bei allen Änderungen im Steuersystem jedoch sein, dass die Macht des Finanzkapitals deutlich eingeschränkt wird. Nur so wird es der Politik möglich sein, sich mittelfristig aus deren Umklammerung zu lösen.

Gleichzeitig mit diesem Prozess muss jedoch ein weiterer in Gang gesetzt werden, nämlich ein neuer, auf demo-

kratischen Grundwerten basierender Dialog mit den Bürgern. Wie wollen die Bürger dieses Landes eigentlich leben? Wie wollen wir alle, wissend, dass ewiges Wachstum unmöglich ist, mit den Ressourcen dieser Welt in Zukunft umgehen? Was bedeutet es, wenn wirtschaftliches Tun im Interesse der Mehrheit der Bürger geschieht und nicht mehr ausschließlich im Gewinninteresse weniger?

Als ein erster Schritt zur Trendumkehr, zur Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen, nicht im Interesse einer Minderheit, welche vorrangig Macht- und Gewinnstreben verfolgt und in ihrer Gier nach Mehr den Menschen als bloßes Objekt betrachtet, müssen die demokratischen Grundrechte der Bürger ausgebaut werden. In diesem Sinne sind die derzeit laufenden Gespräche zwischen den Parteien durchaus zu begrüßen, zu messen sind sie jedoch an den konkreten Taten. Daher auch hier einige konkrete Vorschläge:

- Volksbegehren und Volksabstimmungen müssen in Hinkunft österreichweit auf elektronischem Wege durchführbar sein. In Zeiten von e-government kann e-voting kein Problem sein, ist kostensparend, leicht und schnell durchführbar. So könnte beispielsweise die bloße Bekanntgabe der Passnummer sowie der amtlichen Meldeadresse für die Zählung ausreichen. Zudem sollten alle Medien dazu verpflichtet werden, den Text von solchen Bürgerbegehren mindestens dreimal zu veröffentlichen. Volksbegehren, die mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten unterzeichnen, erhalten automatisch den Charakter von Volksabstimmungen, das heißt ihr Ergebnis ist vom Parlament umzusetzen. Begehren, welche mehr als 15 Prozent der Wahlberechtigten unterzeichnen, sind in Volksabstimmungen überzuführen.

- NGOs und Bürgerinitiativen sollen in den Gemeinden sowie den Bezirksvertretungen ein Recht auf Anhörung sowie ein Stimmrecht in den von ihnen aufgeworfenen Fragen- und Problemkomplexen erhalten. Auch in den Landtagen und im Parlament soll es solche „Bürgerstimmrechte“ geben.

- Machtkonzentrationen, sei es in der Politik, bei den Medien oder in der Wirtschaft, müssen zunehmend verhindert werden. Deshalb sollen politische

Führungsämter in jeder Partei, aber auch im Parlament zumindest jährlich mit neuen Personen besetzt werden, eine dementsprechende Reihenfolge von solchen Rochaden kann bereits im Rahmen von Wahlgängen erfolgen.

- Keine Person sollte ein politisches Führungsamt öfter als zweimal anstreben können. Regierungsmitglieder und politische Funktionäre sollten für die Dauer ihrer politischen Tätigkeit in ihren angestammten Berufen freigestellt werden und werden nach dem Beamtenschema des öffentlichen Dienstes gemäß ihrer Tätigkeitsbereiche und ihrer Ausbildung entlohnt. Nach Beendigung ihrer politischen Tätigkeit kehren sie wieder in ihre Berufe zurück. Pensionsansprüche entstehen aus ihrer politischen Tätigkeit nur gemäß dem Pensionsrecht der Beamten.

Um exorbitante Vorstands- und Managergehälter in der Wirtschaft hintanzuhalten, müssen Bezüge, welche den Durchschnittsbezug aller ArbeitnehmerInnen um das Fünffache übersteigen, mit hundert Prozent versteuert werden. Monopolbildungen jeglicher Art sollen erschwert, Kooperationsmöglichkeiten von Betrieben müssen gefördert werden. Die Förderung von Medien beziehungsweise die gesetzlichen Grundlagen der Berichterstattung in den Medien müssen überarbeitet werden.

Natürlich wird das von mir geforderte Umdenken nicht von heute auf morgen geschehen, selbstverständlich wird es Widerstände von all jenen geben, welche zu den Gewinnern des bestehenden Systems, zu den Gewinnern der Krise zählen. Aber wir sollten von unseren Forderungen nicht ablassen und die politischen Handlungsträger verstärkt danach beurteilen, welche Schritte sie unternehmen, um ein gescheitertes System durch ein lebenswerteres, gerechteres, auf die Zukunft ausgerichtetes zu ersetzen.

Quelle: www.steuerini.at

Die Privatisierungen bei der Stadt Wien gehen auch unter SPÖ-Grün munter weiter.

Von Thomas Kerschbaum.

DIE ARBEITERINNEN VON WIEN

Die Stadt Wien ist der größte Arbeitgeber in Österreich, rund siebzigtausend Bedienstete sind direkt bei der Stadt Wien beschäftigt, dazu kommen noch die Beschäftigten der Unternehmen der Wien Holding und der Wiener Stadtwerke Holding sowie der vielen ausgegliederten Einrichtungen, Institutionen und Unternehmen, die direkt an der Stadt Wien hängen oder in Fonds der Stadt Wien sind. In der Öffentlichkeit ist die Stadt Wien eine Stadt mit durchgehender SPÖ-Regierung, die letzte Bastion gegen neoliberale Politik. Man denke nur an die markigen und launigen Auftritte des SPÖ-Bürgermeisters. Aber alleine die Aufzählung der vielschichtigen und komplizierten Unternehmens- und Organisationsstrukturen der Stadt Wien zeigt, dass genau hier neoliberale Politik gepflegt und ohne Unterbrechung umgesetzt wird – auch unter der neuen SPÖ-Grünen Stadtregierung.

New Public Management – die Durchsetzung von neoliberalen Zielen, Strukturen, Konzepten von Wettbewerb und Markt sowie Management-Methoden in der öffentlichen Verwaltung, in der Bereitstellung, Finanzierung und

Erbringung von öffentlichen Diensten, Dienstleistungen, die Durchsetzung von allen möglichen Abstufungen von Privatisierung (vom Eigentum über die Finanzierung bis zu den Beschäftigungsverhältnissen) – hat in die Wiener Stadtpolitik uneingeschränkt Einzug gehalten. Die Wiener Sozialdemokratie hat das New Public Management-Konzept in allen Schattierungen als Gegenmodell zur schwarz-blauen Dampfwalzen-Privatisierung präsentiert und umgesetzt.

Ein wesentlicher Aspekt der Politik der Wiener Stadtregierung ist die Privatisierung der Beschäftigungsverhältnisse über Ausgliederungen und Auslagerungen. Im Gehaltsschema der Stadt Wien ist die „alte“ Trennung von ArbeiterInnen und Angestellten im privaten Arbeitsrecht abgebildet, es gibt im Besoldungs- und Dienstrecht den Begriff der „Handwerklichen Verwendung“. Das ist ein gewachsener Begriff und wird im Besoldungs- und Dienstrecht für alle „ArbeiterInnen-Berufe“ im weitesten Sinn verwendet, von der Fach- bis zur Hilfsarbeit. In den letzten Jahren sind besonders die Einkommen von ArbeiterInnen stark zurückgegangen und die Arbeitsplatz-Sicherheit eingebrochen. Ein Indiz ist das starke Ansteigen der Leih- beziehungsweise Zeitarbeit in Österreich. Das österreichische Arbeitsrecht kennt außerdem keinen Kündigungsschutz. Das Dienstrecht im Öffentlichen Dienst hat daher für ArbeiterInnen im Gegensatz zur privaten Wirtschaft Vorteile. Es geht insbesondere darum, was mit den Beschäftigten geschieht, wenn diese ernsthaft erkranken. Bedeutet schon

das Dienstrecht der Vertragsbediensteten eine Verschlechterung in dieser Hinsicht gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (Pragmatisierung), so gibt es für die Vertragsbediensteten der Stadt Wien zumindest die Bestimmung, dass bei einer Kündigung ab einer mindestens dreijährigen Beschäftigung bei der Stadt Wien ein Grund bei der Kündigung (die Gründe sind taxativ im Dienstrecht aufgelistet) angegeben werden muss. Bei einer Beschäftigung bis zu drei Jahren gilt gleiches Recht im privaten Arbeitsrecht: Eine Kündigung ist jederzeit unter Einhaltung der Kündigungsfristen möglich. Die Personalvertretung hat ähnliche Rechte wie der Betriebsrat, um eine Kündigung zu beeinspruchen.

Die Stadtregierung versucht auf jede erdenkliche Art und Weise, Geld beim Personal der Stadt Wien zu sparen. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die Privatisierung der Beschäftigungsverhältnisse – entweder über eine Ausgliederung (Gründung eines Stadt Wien-eigenen Unternehmens) oder über Auslagerung (das heißt Leistungserbringung durch private Unternehmen, gemeinnützige Vereine usw.). Einerseits geht es dem Dienstgeber Stadt Wien darum, das Dienstrecht für die Bediensteten der Stadt Wien (BeamtenInnen und Vertragsbedienstete gleichermaßen) mit einem Schlag loszuwerden und andererseits die Beschäftigungsbedingungen zu verschlechtern (Dienstrecht und Entlohnung). Dazu muss gesagt werden, dass seit einigen Jahren die Pragmatisierung bei „normalen“ Bediensteten der Stadt Wien eingestellt worden



THOMAS KERSCHBAUM
IST KIV-PERSONAL-
VERTRETER IN WIEN.



*Bekannt sind
die Probleme mit
der Privatisierung
der Reinigung
im Allgemeinen
Krankenhaus*

ist, pragmatisiert werden nur mehr leitende Bedienstete, SpitzenbeamtenInnen und juristisches Personal (so zirka siebenzig Bedienstete der Stadt Wien pro Jahr). Natürlich gibt es auch für die Beschäftigten von privaten Unternehmen oder ausgegliederten Stadt-Wien-Unternehmen oder -Vereinen Kollektivverträge oder freie Betriebsvereinbarungen. Aber gerade im ArbeiterInnen-Bereich gibt es Einkommensunterschiede bei den kollektiven Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Wichtiger ist auch die Arbeitsplatz- und damit die soziale Sicherheit bei der Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

• **Ausgliederungen:** Die Wirtschaftsunternehmen der Stadt Wien sind bereits seit vielen Jahren ausgegliedert und in der Wien-Holding GmbH (www.wienholding.at) zusammengefasst, die Wiener Stadtwerke wurden vor einigen Jahren ausgegliedert (www.wienerstadtwerke.at). Weiters gibt es die (größeren) Ausgliederungen, die als Fonds und Unternehmen der Stadt Wien eingerichtet wurden. Einige Beispiele: Fonds Soziales Wien, Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser, Psycho-sozialer Dienst, WAFF (mit dem Tochter-Unternehmen flexwork), Wiener Wohnen Haus- & Außenbetreuung GmbH, Wohnservice GmbH, Interface GmbH, Wiener Volkshochschulen GmbH usw. Die Unternehmens- und Ausgliederungsstruktur der Stadt Wien ist derart kompliziert (mit Tochter- und Betriebsunternehmen und abhängigen Vereinen), dass die Öffentlichkeit nicht einmal mehr mitbekommt, dass man „KundIn“ der Stadt Wien ist. Die Beschäftigungsverhältnisse der ausgegliederten Unternehmen, Fonds, Vereine und auch Anstalten Öffentlichen Rechts (Wien Museum) sind ab dem Zeitpunkt der Ausgliederung privatrechtlich. Die Bediensteten der Stadt Wien werden in diesen Ausgliederungen an die neue privatrechtliche Organisation zugewiesen und behalten individuell ihr Dienstverhältnis zur Stadt Wien.

tenverbund (KAV) ist gemäß der Wiener Stadtverfassung eine Unternehmung der Stadt Wien. Das bedeutet, dass dieses „Unternehmen“ ein eigenes Statut hat und wirtschaftlich eigenständig „arbeitet“. Der Gemeinderat beschließt ein Budget und – das ist noch das besondere – einen Dienstpostenplan, denn alle Bediensteten des Krankenanstaltenverbundes (Spitäler und Geriatriezentren der Stadt Wien) sind Stadt-Wien-Bedienstete. In den Spitälern und Geriatriezentren gibt es aber auch Tätigkeiten, die das Management (und damit die Stadtregierung) als patientInnenfern einstuft (Zentralsterilisation, Reinigung, Küche, AbteilungshelferInnen, Krankentransporte ...) und die potenziell zu privatisieren sind. Bekannt sind die Probleme mit der Privatisierung (Ausschreibung) der Reinigung im Allgemeinen Krankenhaus. Aber das hat das Management nicht abgeschreckt. Der Plan sieht jetzt so aus: All diese Bereiche sollen privatisiert werden, die Vergabe an ein privates Unternehmen im Bereich der Zentralsterilisation der KAV-Spitäler ist schon im Laufen. Weiters sollen die Küchen in drei Standorte zentralisiert und dann auch privatisiert werden.

In den Wiener Schulen gibt es Küchen, die von der städtischen Schulverwaltung (MA 56) betrieben werden. Die Anlieferung des Essens für die Kinder ist schon wie in den Wiener Kindergärten durch private Unternehmen „organisiert“. In den Schulen beschäftigt die MA 56 SchulküchenhelferInnen, Reinigungspersonal und Küchenhilfen. Die Beschäftigten in den Küchen geben das von den Privaten angelieferte Essen an die Kinder aus. Derzeit läuft ein Privatisierungsprogramm durch eine Rahmenausschreibung, die diese Küchen (Erzeugung und Anlieferung des Essens und die Ausgabe) privatisiert, nämlich durch Vergabe an einen deutschen Konzern (Dussmann). Derzeit sind 47 Wiener Schulen an diesen Konzern übergeben. In der Integrativen

Lernwerkstatt Brigittenau wurde gegen den Widerstand der LehrerInnen, der Eltern und auch der Kinder – sowie der betroffenen Beschäftigten (teilzeitbeschäftigte Frauen) der MA 56 – mit Jänner 2012 die Küche an das private Unternehmen übergeben. Die betroffenen Bediensteten der Stadt Wien wurden in die Reinigung und in einen anderen Küchen-Standort versetzt. Wobei die Stadtregierung plant, alle Küchen in den Stadt-Wien-Schulen ganz zu privatisieren, eine nach der anderen. Es soll ja zu keinen Kündigungen kommen, entweder die betroffenen KollegInnen kündigen selbst oder frei werdende Dienstposten werden nicht mehr nachbesetzt.

Die FSG-geführte Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG-KMSfB) akzeptiert diese Politik, weil es keine offenen Kündigungen gibt und diese Bereiche stückchenweise privatisiert werden. Bei Ausgliederungen werden die Bediensteten der Stadt Wien, unter Beibehaltung ihres Dienstvertrages zur Stadt Wien, zugewiesen (eine Form der Arbeitskräfteüberlassung). Die FSG hat sich mit dieser neoliberalen Beschäftigungspolitik abgefunden und befürwortet politisch sogar die Privatisierungen. Im Fall der Privatisierungen der Küchen in den Wiener Schulen hat die FSG-Personalvertretung sogar ausdrücklich zugestimmt. Es könnte ja noch schlimmer werden ...

Die KIV/UG kann diese Politik nicht einmal im Ansatz akzeptieren, denn wir kennen die Auswirkungen nur allzu gut – weniger Einkommen, weniger Arbeitsplatz-Sicherheit, Abbau des Öffentlichen Dienstes, Privatisierung ... Natürlich müssen wir als Gewerkschaft und betriebliche Interessenvertretung auch die KollegInnen im Fall einer Ausgliederung und Auslagerung begleiten, verteidigen, organisieren ... Aber nicht unter Aufgabe unserer gewerkschaftlichen Grundsätze, wenn zum Beispiel eine Partei dies einfordern würde. Der Verzicht der Gewerkschaftsführung aktiv und offensiv gegen diese Privatisierungspolitik aufzutreten, führt insbesondere bei den KollegInnen in den ArbeiterInnen-Bereichen zu großer Wut und Frustration.

SCHNELLER GLEICH BERECHTIGT

Der Verfassungsgerichtshof hat 1990 entschieden, dass das unterschiedliche Pensionsantrittsalter von Männern und Frauen dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht. Er hat aber auch festgestellt, dass es erst zu einer Anpassung kommen muss, wenn die Benachteiligung der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft abgebaut sind. Um dafür Zeit zu geben und auch, weil bis 1975 (Familienrechtsreform) Männer ihren Ehefrauen sogar verbieten konnten, erwerbstätig zu sein, und weil es gar bis 1979 Frauenlohngruppen gab, kam es in langen Verhandlungen zu der Lösung, dass ab 2024 das Regelpensionsalter der Frauen jährlich um sechs Monate angehoben werden soll.

Seither ist einige Zeit vergangen: die Lohndifferenz ist eher grösser statt kleiner geworden und die Benachteiligungen gibts wie eh und je – die kollektive Erinnerung an damals ist aber kaum mehr vorhanden. Und wieder steht das scheinbar ungerechte Pensionsantrittsalter der Frauen zur Disposition. Das macht zornig. Ist es doch kein Privileg, sondern bestenfalls ein kleiner Ausgleich für die Benachteiligungen. Aber wie hat schon vor vielen Jahren Mascha Madörin, eine Ökonomin, zu denken gegeben: „Wenn es zu Sparmaßnahmen in einer Gemeinde kommen muss – was meint ihr, wo wird gekürzt: Beim Kindergarten oder beim Fussballplatz?“ Soviel zur Gendergerechtigkeit.

Einer der ersten Aufrufe zu Protestmails wurde von mir schnell befolgt. Und ich erhielt Antwort. Vom Bürger-

In einem Punkt soll die Gleichberechtigung der Frauen schneller erfolgen als gedacht: beim Pensionsantrittsalter.

Von Lisa Langbein.

service. Ach – wieder wird versprochen, dass an der Gleichberechtigung der Frauen heftig gearbeitet würde. Ausserdem wurde argumentiert: „... Es ist ein zentrales Ziel der Bundesregierung, in sozial verträglicher Form die Ausgabendynamik bei den Pensionen für die Zukunft zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang gibt es unter anderem auch den Vorschlag, mit der Angleichung des unterschiedlichen Antrittsalters früher als im Jahr 2024 zu beginnen. Derzeit ist es so, dass die Höhe der Frauenpensionen auch aufgrund des niedrigeren Pensionsantrittsalters hinter jener der Pensionen von Männern zurückbleibt. Zudem werden Frauen ab Erreichen des niedrigeren Regelpensionsalters aus dem Arbeitsmarkt gedrängt und so in die Pension gezwungen. Dadurch gehen – besonders für die Pensionshöhe – wertvolle Beitragsmonate verloren...“ Und am Schluss: „... Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass das Beamtenpensionsrecht eine Unterscheidung zwischen Männern und Frauen nicht kennt. Hier gibt es ein einheitliches Regelpensionsantrittsalter.“ Ach ja – offenbar haben alle nur das Beste für die Frauen im Sinne. Ist das nicht grossartig? Ein bewundernswerter Schwung in der Arbeit für die Gleichberechtigung der Frauen!

Bei der Stadt Wien wurde das Pensionsalter zügig auf 65 für alle angehoben. Das war 2004 und ging mit wenig Widerstand über die Bühne. Der – eben nicht widerständige – Gewerkschaftsvorsitzende hiess damals Rudolf Hundstorfer. Und weils so schön war, solls jetzt für alle kommen.

Freilich, die Frauen werden, ebenso wie viele Beamtinnen der Stadt (z.B. KindergärtnerInnen, Krankenpflegerpersonal), nicht bis 65 arbeiten können. Das geht in vielen Berufen nicht. Aber sie werden dann Abschlüsse in Kauf nehmen müssen, sie werden einfach in ihrer eh schon sehr kleinen Pension noch einmal beschnitten werden. Und da sind wir wohl beim eigentlichen Plan: die Reduktion der Pensionshöhe.

Ich habe vor Jahren in Meidling, einem Wiener Arbeiterbezirk, in der Hauskrankenpflege gearbeitet. Und Mindestrentnerinnen betreut, vielen haben Finger gefehlt, Arbeiterinnen halt, ein Leben lang und versehen mit einer Mindestrente. Die Ausgleichzu-



lage hat durchaus bedeutet, dass das Heizen schwierig und auch zu teuer war, die Wohnungen waren klein, das Wasser am Gang. Ich habe mich über diese unwürdigen Zustände mit dem Gedanken getröstet, dass es damit vorbei sein wird. Wie ich mich getäuscht habe – sie sind das Zukunftsmodell. Das Wasser wird nicht mehr am Gang sein, aber die Miete unbezahlbar.

Wir sollten solchem Treiben nicht still zuschauen, meine ich.



LISA LANGBEIN
IST EHEMALIGE UG-
VORSITZENDE.

RESOLUTION DER ÖGB-FRAUEN

Keine vorgezogene Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen

Bisherigen Diskussionen zur vorzeitigen Anhebung des Frauenpensionsalters erteilten die ÖGB-Frauen eine klare Absage. Eine vorgezogene Angleichung des Antrittsalters würde zusätzliche Problemfelder – besonders am Arbeitsmarkt – aufwerfen, aber für viele Frauen keine finanziellen Vorteile bringen. Nach derzeitiger Rechtslage soll ab 2019 das Pensionsalter für vorzeitige Alterspensionen und ab 2024 die reguläre Alterspensionsgrenze jährlich um 6 Monate erhöht werden, um das Antrittsalter der Frauen an das der Männer anzugleichen. Dies wurde 1992 in der Annahme festgeschrieben, dass der Gleichstellungsprozess bis dahin erfolgreich beendet ist.

Gegenüber den betroffenen Jahrgängen muss ein Vertrauensschutz gewährleistet sein, da sich die individuelle Lebensplanung (Pensionsübertritte, Altersvorsorge) danach orientiert.

Diese Resolution soll ein klares Statement setzen und wesentliche Fakten, die gegen eine vorgezogene Anhebung des Antrittsalters sprechen, aufzeigen. Die ÖGB-Frauen lehnen eine Verschlechterung der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen ab.



Aktive Gleichstellungspolitik – Benachteiligungen beseitigen

Bis heute ist die faktische Gleichstellung – gesellschaftlich und wirtschaftlich – nicht Realität. Prioritäten sind das Schließen der Einkommensschere sowie die Mehrfach-Belastungen für Frauen zu verringern. Der „Gender Gap“ erstreckt sich bis ins Pensionssystem, wobei die unzureichende Altersversorgung oft Ergebnis typischer Frauenerwerbsverläufe ist. Denn die Einkommens- und Karriereentwicklung verläuft bei Frauen anders als bei Männern, was sich negativ auf die Pensionshöhe auswirkt. Durch Änderungen im Pensionsrecht wie die Ausweitung des Bemessungszeitraums auf lebenslange Durchrechnung, wird sich dieser Effekt jährlich verstärken. Es gilt, die Benachteiligungen für Frauen während des Erwerbslebens auszugleichen und sie nicht durch eine vorgezogene Angleichung des Pensionsalters noch zu verstärken.

Risikofaktoren am Arbeitsmarkt durch Angleichung des Pensionsalters

Bedeutsam für eine Steigerung der Erwerbsquote sind die Rolle des Arbeitsmarktes und eine erfolgreiche Erwerbsintegration von Frauen. Umfassende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind dazu erforderlich. Jedoch sind die Folgen der Krise noch nicht bewältigt und die Budgetkonsolidierung steht bevor. 2010 mussten Frauen fast den gesamten Verlust von Vollzeit Arbeitsplätzen tragen. Aktuell steigt die Arbeitslosigkeit vor allem bei älteren KollegInnen.

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch Angleichung des Pensionsantrittsalters der Frauen an jenes der Männer wird Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen haben.
- Verdrängungseffekte sind möglich, das heißt der längere Verbleib der Frauen am Arbeitsmarkt kann die Erwerbschancen Jüngerer und von Risikogruppen beeinflussen.
- Selbst ein massiver Einsatz beschäftigungspolitischer Maßnahmen wird das Mehrangebot an Arbeitskräften nicht vollständig durch zusätzliche Nachfrage auffangen. Neben Konjunkturlage und individuellem „Marktwert“ spielt auch die Arbeitsmarktsegregation eine Rolle.
- Qualifizierte Vollzeit Arbeitsplätze oder Prekariat? Arbeitsmarktteilhabe und Verdienstmöglichkeiten beeinflussen Beitragszahlungen und Pensionshöhe. Nennenswerte finanzielle Effekte werden jedoch ausbleiben, wenn der verlängerte Erwerbszeitraum in atypischen Jobs überbrückt werden muss (sofern Erwerbstätigkeit bis Pensionsantritt überhaupt möglich ist).
- Um die Risiken der Arbeitslosigkeit abzufedern, müssen rechtzeitig Maßnahmen initiiert werden. Allerdings wirken beschäftigungspolitische Instrumente, Gesetzesänderungen, Sensibilisierungsmaßnahmen und Subventionsanreize nicht von heute auf morgen.

Bitte umblättern

Argumente gegen eine vorzeitige Angleichung

- Nicht das gesetzliche Pensionsalter ist die Messlatte sondern das tatsächliche – der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist mit 1,4 Jahren nur gering! Das durchschnittliche Eintrittsalter beträgt für Frauen 57,5 Jahre, für Männer 58,9 Jahre (Quelle: OECD 2011).
- Frühpensionierung wird besonders von Männern in Anspruch genommen. Die Differenz zwischen gesetzlichem und faktischem Eintrittsalter zeigt, Männer treten im Schnitt mit 58,9 Jahren sogar 6,1 Jahre vor regulärem Pensionsalter in den Ruhestand, und das finanziell besser abgesichert als Frauen, die mit 57,5 nur 2,5 Jahre früher in Pension gehen!
- Pensionshöhe: Die große Diskrepanz bei der durchschnittlichen Pensionshöhe von Frauen (786 Euro) im Vergleich zu Männern (1288 Euro) wird nicht durch eine vorzeitige Angleichung des gesetzlichen Eintrittsalters ausgeglichen werden.
- Erwerbsverläufe – längere Durchrechnungszeiträume benachteiligen Frauen, da Teilzeit, Erwerbsunterbrechungen etc. stärker in die Pensionsberechnung einfließen (Pensionskonto).
- Erwerbsquoten von Frauen und Männern unterscheiden sich in allen Altersgruppen – der Gender Gap ist aber bei den 55-64 Jährigen mit 18 Prozent in Österreich besonders hoch. In dieser Altersgruppe sind nur 33,7 Prozent Frauen und 51,6 Prozent Männer erwerbstätig (Eurostat, 2011).
- Arbeitsmarktrealität – schlechte Erwerbschancen für Frauen der Generation 50+. Tatsache ist, dass die Chancen der Wiedereingliederung nach Jobverlust oder Erwerbsunterbrechung im Alter sinken und Frauen oft ab Mitte 40 auf ein berufliches Abstellgleis gestellt werden.
- Arbeitslosigkeit: Pensionsübergänge werden oft zwangsläufig durch Arbeitslosigkeit initiiert. Eine vorzeitige Angleichung des Eintrittsalters würde nach derzeitiger Arbeitsmarktlage in vielen Fällen nur eine Transferverlagerung (von der Pensions- zur Arbeitslosenversicherung) und steigende Langzeitarbeitslosigkeit auslösen. Damit wären Mehrkosten für Verwaltung und Schulungsmaßnahmen verbunden.
- Beschäftigung in Niedriglohnbereichen: besonders Frauen arbeiten häufig in schlecht bezahlten Jobs. Ein Arbeitskräfteüberangebot in bestimmten Berufen und Tätigkeiten wird die Lohnentwicklung zusätzlich negativ beeinflussen.
- Diskriminierungsmerkmale Geschlecht und Alter wirken bei Frauen – besonders in Bezug auf Arbeitsmarktübergänge – sehr negativ zusammen.
- Belastung am Arbeitsplatz – hohe Zahl krankheitsbedingter Frühpensionierungen. Stress, Burnout, Mobbing etc haben massiv zugenommen. 2010 waren 37,8 Prozent der BezieherInnen einer Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension Frauen. Prävention und ArbeitnehmerInnenschutz sind zentrale Faktoren, wenn Kosten gespart werden sollen.
- Ausnahmen wie die derzeitige Schwerarbeiterregelung und Korridorpension im ASVG können nur von Männern in Anspruch genommen werden.

Das Ziel, Menschen länger in aktiver Erwerbstätigkeit zu halten ist untrennbar mit der Notwendigkeit verbunden, „mehr und bessere Arbeitsplätze“ zu schaffen. Neben „Frühwarnsystemen“ könnte qualitätsgesicherte Gesundheits- und Bildungsförderung auf betrieblicher Ebene positiv auf ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben wirken.

Altersgerechte Möglichkeiten der beruflichen Organisation müssen auch die Gestaltung von Arbeitszeitregelungen (z.B. Gleitpension, Altersteilzeit,...) einbinden, die sich den Lebensphasen der Menschen und ihrer Leistungsfähigkeit anpassen. Die Ausweitung von Qualifizierungsangeboten und individuelle Weiterbildungsmaßnahmen sind genauso nötig wie die Einführung eines Bonus-Malus-Systems, um das Einstellungs- und Kündigungsverhalten der Betriebe zu beeinflussen.

Die Erfüllung der Gleichstellung (im Rahmen des BGBl. Nr. 837/1992 über Berichte der Bundesregierung betreffend der Maßnahmen zum Abbau von Benachteiligungen für Frauen) ist bis heute nicht umgesetzt, was eine vorzeitige Anhebung des Eintrittsalters zusätzlich ausschließt.



Aviso:

SOZIALGIPFEL RELOADED

Bereits im März 2010 veranstalteten wir zum ersten Mal im Rathaus einen Sozialgipfel, auf dem Forderungen für mehr finanzielle, personelle Ressourcen und mehr Wertschätzung der Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich entwickelt wurden. Die Antworten auf den diesbezüglichen von den TeilnehmerInnen formulierten offenen Brief an die zuständigen Ministerien waren, wie zu erwarten, leider ernüchternd. Nichts desto trotz ließen wir uns nicht beirren und starteten im Mai 2010 die Kampagne „Her mit der Sozialmilliarde“ via Blog, welche dann in der mit dem Bildungs-, Uni-Bereich gemeinsam organisierten „Aktion Krötenwanderung!“ am 1. Oktober 2010, bei der fast tausend KollegInnen und AktivistInnen teilnahmen, einen ersten Höhepunkt erreichte. Durch viele neue Kontakte zu BetriebsrätInnen, NGOs und Kooperationen mit Netzwerken und KollegInnen aus verschiedenen Bereichen formierte sich die Vernetzungsgruppe Soziales im Jahr 2011 neu und wir beschäftigten uns hauptsächlich mit dem Pflegen, dem Ausbau dieser Kontakte und dem Verbreiten unserer Forderungen über neue Netzwerke. Unsere 2010 im Rahmen der Krötenwanderung initiierte Facebook-Seite „Soziale Bildungskröten“ wurde zu einer Vernetzungs- und Austauschplattform – auch international, insbesondere mit Deutschland – für aktuelle sozialpolitische und arbeitnehmerInnenbezogene, sowie gewerkschaftliche Inhalte und

Motto: „Achtung Gefährdung! Wir im Sozial-, Gesundheits- und Elementar-Bildungsbereich zeigen an ...!“

Veranstaltungen. Diese Plattform zählt mittlerweile fast dreitausendacht-hundert FreundInnen und UnterstützerInnen und täglich werden es mehr.



Worum soll es diesmal gehen? Nicht nur um die nach wie vor aktuelle Notwendigkeit von mehr Ressourcen und die Bereitstellung einer Sozialmilliarde sowie unsere

dazu entwickelten inhaltlichen Forderungen. Es soll diesmal verstärkt um gemeinsame Überlegungen in Richtung

- wie wir die fortschreitende Gefährdung und Überlastung unseres Systems und unsere eigene „anzeigen“ und Entlastung einfordern können,
- wie wir uns selbst und der Öffentlichkeit das Soziale Netz und die Zusammenhänge der verschiedenen Bereiche darin bewusster machen können,
- wie wir die fortschreitende Entfremdung der sozialen Arbeit im weitesten Sinne thematisieren und diesen gegensteuern können,
- welche Mittel der Organisation gibt es zur Umsetzung unserer Forderungen,
- welche Beispiele es aus anderen Ländern und Bereichen gibt, die bereits erfolgreich mehr Ressourcen und/oder eine bessere Organisation für und im Sozial-, Gesundheits- und/oder Bildungsbereich erreicht haben,
- wie wir uns dementsprechend auch außerhalb der gewohnten Gewerkschafts-Strukturen organisieren und uns selbst dazu motivieren können,

- wie wir uns noch enger vernetzen und noch andere Bereiche zum Vernetzen bewegen können,
- und welche Räume wir uns schaffen können beziehungsweise müssen, um uns über unsere inhaltlichen Ansätze und unseren Arbeitsalltag besser auszutauschen,

gehen – für einen Blick über den Tellerrand, über die Berufsgruppen und Bereiche hinweg, zur Entwicklung gemeinsamer Handlungsstrategien, aber vor allem zur Mobilisierung der KollegInnen, damit sie selbst etwas zur Verbesserung ihrer Situation tun können und aktiv werden. Also – wir hoffen, Du gipfelst mit!

Anmeldung für den Sozialgipfel zwecks Planung ist schon jetzt möglich – bitte E-Mail an sozialgipfel.reloaded@kiv.at. Einladung und Programm demnächst auf kiv.at/vernetzung.soziales und www.sozialmilliarde.at (hier findest Du auch die Berichte von unserem 1. Sozialgipfel 2010).

Es wird wieder gegipfelt! Wir hoffen Du bist dabei!

Wann: Mittwoch, 21. März 2012, ab 15.30 Uhr

Wo: Bildungszentrum der Wiener Arbeiterkammer (BIZ)

Veranstalter: Vernetzungsgruppe Soziales der AUGÉ/UG und der KIV/UG.



K.T.V.
Kommunistische
Tendenz der
Verdrossenen

CHRISTINE RUDOLF
IST POLITISCHE
SEKRETÄRIN DER KIV.

VIELE FRAGEN, WENIG ANTWORTEN

Die Gründung der „Arbeitgebervereinigung Soziales Wien“ (ASW) erfolgte im März 2011.

Zielsetzung ist laut Angaben auf der Homepage, neben einer Optimierung von Arbeitsabläufen, der Abschluss von Kollektivverträgen. Die ASW versteht sich als „Berufsvereinigung von im unmittelbaren oder mittelbaren Eigentum oder im unmittelbaren oder mittelbaren Einfluss der Gemeinde Wien stehenden ArbeitgeberInnen im Bereich der Gesundheits-, Sozial- und Betreuungsdienstleistungen“. Ein weiteres Selbstverständnis findet sich in den Vereinsstatuten: Die ASW ist überparteilich. Der Vereinsvorstand besteht, abgesehen von der Schriftführerin, ausschließlich aus Mitgliedern der Geschäftsführungen des Fonds Soziales Wien. Neben Verhandlungen mit freiwilligen und gesetzlichen Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen sollen auch Verhandlungen mit den öffentlich-rechtlichen Stellen zur Vertretung der Interessen der Mitglieder geführt werden.

Woher kommen nun die Mittel für die Umsetzung dieser Interessen? Dieser Punkt ist in den Vereinsstatuten punktgenau und inhaltsvage geregelt: Mitgliedsbeiträge, Sonderbeiträge, Erträge aus Projekten, Publikationen, Beratungstätigkeiten, Studien und Veranstaltungen jeder Art „im Rahmen der Zweckverwirklichung“, private Zuwendungen aller Art, Subventionen der öffentlichen Hand, sonstige Erträge „im Rahmen der Zweckverwirklichung“. Die Gründung einer neuen Arbeitgebervereinigung ist im Bereich

Eines der Ziele der „Arbeitgebervereinigung Soziales Wien“ ist der Abschluss von Kollektivverträgen.

Von Sonja Müllner.



Warum der Vorsitzende der GdG-KMSfB ohne Druck diese Debatte eröffnet hat, bleibt vermutlich sein Geheimnis

der Gewerkschaft nicht ohne Reaktionen geblieben. Die zu hörenden Botschaften sind unterschiedlich: Während beim letzten Gewerkschaftstag der „Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Kunst, Medien, Sport, freie Berufe“ (GdG-KMSfB) ein eindeutiger Beschluss gegen eine Kollektivvertragskonkurrenz verabschiedet wurde, signalisiert Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG-KMSfB, in einem Interview für „FSG gemeinsam aktiv“, einer Ausendung im FSW, seine Verhandlungsbereitschaft mit der ASW: „Ich fürchte mich nicht vor Kollektivvertragsverhandlungen mit der ASW. Die GdG-KMSfB tritt immer und überall an, um die Arbeitsbedingungen und die Einkommenssituation für die MitarbeiterInnen zu verbessern.“

Nun ja, dass die Gewerkschaft keine Angst vor Kollektivvertragsverhandlungen hat, ist erfreulich, besonders nett wäre auch noch ein Gespräch mit den betroffenen ArbeitnehmerInnen gewesen. Noch spannender aber ist die Frage, für welche ArbeitnehmerInnen er den Kollektivvertrag verhandeln möchte, ohne gegen den eigenen

Gewerkschaftsbeschluss zu handeln. Denn für die sogenannten „im unmittelbaren oder mittelbaren Eigentum oder im unmittelbaren oder mittelbaren Einfluss der Gemeinde Wien stehenden ArbeitgeberInneneneinrichtung im Bereich des Gesundheits-, Sozial-, und Betreuungsdienstleistungen“ im Sinne § 4 Abs. 2 gibt es bereits einen Kollektivvertrag. Für diesen Bereich gilt der sogenannte BAGS-Kollektivvertrag. Dass dieser Kollektivvertrag keine aus Gewerkschaftssicht befriedigende Lösung der Löhne und Arbeitsbedingungen in diesem Bereich darstellt,

gesteht die FSG in ihrem Antrag „Nein zur Kollektivvertragskonkurrenz im Gesundheits- und Sozialbereich Wien“ offen ein. In dem Antrag heißt es unter anderem: „Gleichzeitig gilt es zu bedenken, dass in diesem Bereich, in welchem überwiegend Frauen arbeiten, ohnedies niedrige Löhne und Gehälter bezahlt werden beziehungsweise bereits jetzt mehrere tausend Stellen in Wien unbesetzt bleiben! Mit einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen würde folglich die

Sicherstellung der erforderlichen Gesundheits- und Sozialleistungen noch stärker in Frage gestellt.“

Dass die eigene Fraktion vom positiven Verhandlungsgeschick des Vorsitzenden nicht ganz überzeugt zu sein scheint, zeigt folgender Antrag: „Die Landeskonferenz der FSG Wien lehnt daher jeden Versuch, gültige Kollektivverträge im Gesundheits- und Sozialbereich durch fragwürdige Konkurrenzkollektivverträge zu verschlechtern, bereits im Vorfeld entschieden ab. Die FSG Wien wird sich mit allen rechtlichen und demokratisch zur Verfügung stehenden Mitteln sowie den erforderlichen Maßnahmen dagegen zu Wehr setzen.“

Warum der Vorsitzende der GdG-KMSfB ohne Druck diese Debatte eröffnet und damit den BAGS-Kollektivvertrag verhandelnden Gewerkschaften gpa-djp und vida sicherlich nichts Positives signalisiert hat, bleibt vermutlich sein Geheimnis.



SONJA MÜLLNER
IST BETRIEBSRATSVORSITZENDE DER
WIENER PFLEGE-
UND BETREUUNGS-
DIENSTE GMBH.

Fonds Soziales Wien:

FLEXWORK-MITARBEITERINNEN

IM Bereich der Tageszentren wird eine ganze Berufsgruppe (die der PflegehelferInnen) durch Flexwork-MitarbeiterInnen abgedeckt. Flexwork ist ein Unternehmen des „Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds“ (waff) und stellt die „soziale Verantwortung“ in Verbindung mit der Arbeitskräfteüberlassung als zentralen Fokus der Unternehmensphilosophie in den Mittelpunkt. Ziel ist die Reintegration arbeitsloser Menschen in den ersten Arbeitsmarkt, konkret die Übernahme von Flexwork-MitarbeiterInnen in die Stammbesellschaft des jeweiligen Unternehmens. Besonderes Augenmerk liegt dabei vor allem bei Menschen mit einem erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die MitarbeiterInnen von Flexwork sind im FSW und auch in den Tochterunternehmen sehr beliebt. Die PflegehelferInnen in den Tageszentren arbeiten zwischen einem Dreivierteljahr und fünf Jahren über Flexwork für die „Wiener Pflege- und Betreuungsdienste GmbH“ (FSW-Tochterunternehmen). Obwohl es vor Ort an den einzelnen Dienststellen keinen Unterschied zwischen FSW- und Flexwork-MitarbeiterInnen gibt, ist der Wunsch nach einer Übernahme ins Unternehmen bei allen MitarbeiterInnen vorhanden. Es sind die kleinen Unterschiede, die MitarbeiterInnen spüren lassen, dass sie nicht ganz „dazu gehören“. Es gibt für sie beispielsweise keine Möglichkeit, sich hinsichtlich der ehrenamtlichen Tätigkeiten (Sicherheitsvertrauensperson, ErsthelferIn) in der Firma einzubringen. Auch die Tatsache, dass nur pflegerelevante Fortbildungen für sie verpflichtend sind, ist ein Umstand, der auf Unterscheidungen zu FSW-MitarbeiterInnen hinweist.

Neben diesen inhaltlichen Unterschieden gibt es auch ökonomische Aspekte: MitarbeiterInnen, die über Flexwork für den FSW und seine Tochterunternehmen arbeiten, erhalten den Leistungsanteil des Lohnes nicht. Und last but not least sind da natürlich die fehlenden Zukunftsperspekti-

Es gibt eine langjährige Zusammenarbeit der Leiharbeitsfirma „Flexwork“ mit dem FSW.

Von Sonja Müllner.

ven. Wenn sich eine MitarbeiterIn mit Engagement und Freude in ihrem Beruf einbringt, erhofft sie sich vielleicht auch eine Förderung durch die Firma in Form von Karriereoptionen.

Und wenn dann die Verträge mit Flexwork jedes halbe Jahr wieder und wieder verlängert werden, schwinden Engagement und Optimismus. Der Eindruck, letztendlich in der Firma doch nicht willkommen zu sein, hinterlässt einen bitteren und kränkenden Nachgeschmack.

Warum es in einzelnen Unternehmensbereichen relativ leicht ist, in die Stammbesellschaft übernommen zu werden, während es in anderen Bereichen nahezu aussichtslos ist, darüber kann nur spekuliert werden. Das Gerücht, Flexwork-MitarbeiterInnen seien für den Betrieb billiger, ist tatsächlich nicht mehr als ein Gerücht.



SPÄT ABER DOCH HABEN RATING ~~GANGS~~ AGENTUREN LE
JETZT DRINGT DER RATING GEDANKE IN ALLE B

LASSET UN

ALS ERSTER GIBT DER PAPST
SEIN RATING BEKANNT:

WEGEN
VÖLLEREI, ZÜGELLOSEN KONSUM-
WAHNS UND INTERNETPORNO
HERUMSURFENS RÄTE ICH DIE
GESAMTE CHRISTENHEIT AUF
DOUBLE **B** HERUNTER.
SO WAHR EUCH GOTT HELFE



DIE BILDUNGSREF
NICHT MEHR OHNE

LIEBE KINDER, DIE N
SIND ABGESCHAFFT, JED
WERDET IHR UND EURE EL
VIERTELJÄHRLICH GERÄTE



AUCH DIE POLITISCHEN BEWEGUNGEN AN



ICHTSINNIGE VERSCHWENDERSTAATEN AUFGERÜTTelt.
EVÖLKERUNGSKREISE EIN:

S RÄTEN

ORM KOMMT AUCH
RATING AUS

SELBST IN DER NICHT-HAUBEN-
GASTRONOMIE WEHT EIN FRISCHER WIND

OTEN
UCH
TERN
T

NO A MOL SO A VERHUNZTE
FRITATTENSUPPN UND DEI
RATING IS IM GASCH



DER BASIS ERKENNEN DIE WAHREN WERTE:

TERN
RIPLE
EN

GEBT UNS UNSER
TRIPLE A ZURÜCK!

HE HE HE
WIR WOLLEN
UNSER TRIPLE
A



Ende 2011 präsentierte die „Statistik Austria“ auf Basis der letzten EU-SILC Erhebung die aktuellen Armutsdaten für Österreich.

SO VIELE ARME WIE NOCH NIE

Die Ergebnisse: Während die Wirtschaftskrise keinen Anstieg von Armutsgefährdung bewirkte, nimmt „manifeste“ Armut stetig zu und erreicht im Jahr 2010 einen neuen Höchststand.

ARMUTSGEFÄHRDUNG NAHEZU UNVERÄNDERT

Rund eine Million Menschen (genau 1,004 Millionen, das sind 12 Prozent der Bevölkerung) waren 2010 armutsgefährdet. Damit bleibt die Armutsgefährdungsrate seit 2004 nahezu unverändert. Die Armutsgefährdungsschwelle lag dabei bei einem Einpersonenhaushalt bei 1031 Euro im Monat. Der „Lebensstandard“ der Armutsgefährdeten lag im Mittel allerdings bei rund 854 Euro (Alleinlebende) pro Monat, was einer Armutsgefährdungslücke von 17 Prozent entspricht.

Nach wie vor von Armut besonders betroffen sind

- Personen ohne österreichische beziehungsweise EU-Staatsbürgerschaft (zu 31 Prozent betroffen),
- alleinlebende Frauen in Pension (26 Prozent),
- Personen in Ein-Eltern-Haushalten (28 Prozent),
- Haushalte mit Langzeitarbeitslosen (29 Prozent),
- und Haushalte mit mehr als zwei Kindern (14 Prozent).

Für rund die Hälfte aller Armutsgefährdeten besteht über drei Jahre hindurch ein „chronischer Einkommensmangel“. Erwerbsarbeit gilt nach wie vor als der wichtigste Schutz vor Armut: Die Gefährdungsquote bei 2009 Voll-

zeiterwerbstätigen Personen lag bei vier Prozent. Bei Personen, die mehr als sechs Monate Arbeitslos waren, betrug die Armutsgefährdung das Zehnfache.

ARMUT IN ÖSTERREICH – NEUER HÖCHSTSTAND

Im Jahr 2010 erreichte die Zahl jener in Österreich lebenden Personen, welche als „manifest arm“ gelten, einen traurigen Rekord: Lag die Zahl der Armen 2005 noch bei 344.000 Personen, stieg diese von 488.000 Armen im Jahr 2009 auf 511.000 im Jahr 2010. Manifest arm sind dabei armutsgefährdete Personen, die zusätzlich finanziell „depriviert“ sind, die also ihre Grundbedürfnisse finanziell nicht mehr ausreichend decken können. Als finanziell depriviert gilt, wenn aus einer Liste von sieben Merkmalen für einen „absolut notwendigen Mindestlebensstandard“ mindestens zwei nicht leistbar sind. Diese sieben Merkmale sind:

1. die Wohnung angemessen warm halten,
2. regelmäßige Zahlungen (Miete, Strom) rechtzeitig begleichen können,
3. notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch nehmen können,
4. unerwartete Ausgaben finanzieren (z.B. Reparaturen),
5. neue Kleidung kaufen,
6. jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise essen,
7. einmal im Monate Freunde oder Verwandte zum Essen einladen.

Unter den Armutsgefährdeten kann sich etwa die Hälfte (51 Prozent, das

sind 6,2 Prozent der Bevölkerung) einen für Österreich „absolut notwendigen Mindestlebensstandard“ nicht leisten. 1,5 Millionen Menschen (17 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung) galten 2010 als „ausgrenzungsgefährdet“ (Definition nach Europa 2020-Strategie). Ausgrenzungsgefährdet ist, wer entweder armutsgefährdet, erheblich „materiell depriviert“ ist oder in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsintensität (nahezu Erwerbsarbeitslosenhaushalt) lebt.

SOZIAL-, TRANSFERLEISTUNGEN NICHT IMMER „ARMUTSFEST“

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die eigentlich gegen Armut wirken soll, liegt mit einer Höhe von 752,94 Euro (ab 2011) pro Monat deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle von knapp über 1000 Euro. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld im Monat belief sich 2010 bei Männern auf 897 Euro (gerechnet auf 30 Tage bei einem durchschnittlichen Tagssatz von 29,9 Euro) bei Frauen auf 732 Euro (durchschnittlicher Tagssatz 24,4 Euro). Ist schon das Arbeitslosengeld nicht „armutsfest“, ist es die Notstandshilfe noch viel weniger: Männliche Notstandshilfebezieher erhielten 2010 monatlich durchschnittlich 687 Euro (durchschnittlicher Tagssatz 22,9 Euro), Frauen in der Notstandshilfe bezogen 2010 pro Monat durchschnittlich 555 Euro.

Etwas besser sieht es bei den gesetzlichen Pensionen aus, wobei durchschnittliche Männerpensionen deutlich

höher sind als Frauenpensionen, die auch vielfach unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Niedrigere Fraueneinkommen und Einkommensdiskriminierung im Erwerbsleben setzen sich nicht nur im Falle von Arbeitslosigkeit, sondern auch in der Eigenpension fort. Das österreichische Pensionssystem stellt sich gerade für Frauen im Alter als nur bedingt „armutsfest“ heraus (wobei allerdings berücksichtigt werden muss, dass es unter den Pensionistinnen 21 Prozent Mehrfachbezieherinnen gibt. Also neben einer eigenständigen Alterspension beziehungsweise

einem „Ruhegenuss“ eine zweite Pension, z.B. als Witwenpension bezogen wird). Als ausgesprochen niedrig erweisen sich auch die Eigenpensionen von ArbeiterInnen: Die durchschnittliche monatliche Pension lag für Männer 2010 bei 1277 Euro (Stichmonat: Dezember 2010), für Frauen bei 768 Euro (Durchschnitt Männer, Frauen: 967 Euro). BezieherInnen von Invaliditätspensionen erhielten dabei 1140 Euro (Männer) beziehungsweise 659 Euro monatlich. Durchschnittliche ArbeiterInnen-Pensionen liegen mit armutsgefährdenden 828 Euro monat-

lich (Männer: 1090, Frauen: 623) deutlich unter jenen der Angestellten mit 1416 Euro. Bei den Angestellten liegen die durchschnittlichen Frauenpensionen mit 1117 Euro pro Monat über der Armutsgefährdungsschwelle. Ehemals angestellte Männer beziehen monatlich durchschnittlich 1912 Euro.

Quelle: Statistik Austria, www.statistik.gv.at



Armutsbremse gefordert

Laut Armutskonferenz leben in Österreich 511.000 Menschen unter bedrückenden Bedingungen.

Der dramatische Anstieg sichtbarer Armut bei immer mehr Menschen erfordert akuten Handlungsbedarf unserer Gesellschaft. In Zeiten großer Einsparungen formulieren die TeilnehmerInnen der Armutskonferenz eine „Armutsbremse“. „Das Ende der Krise ist nicht mit dem Steigen der Aktienkurse anzusetzen, sondern mit dem Sinken von Armut und sozialer Ungleichheit. Die Krise ist dann vorbei, wenn die Armut sinkt. Wer sozialer Polarisierung mit all ihren negativen Folgen für die ganze Gesellschaft gegensteuern will, muss nicht nur für die Stabilisierung des Finanz- und Bankensektors eintreten, sondern auch für die Stabilisierung des sozialen Ausgleichs.“

„Es ist höchste Zeit, Überfluss zu besteuern und in die Zukunft zu investieren. Fangen wir gleich bei Kinderbetreuung, Schule und auch Pflege an.“ Österreich liegt mit seinen Sozialdienstleistungen unter dem EU-Durchschnitt. Insgesamt entstehen bei Kinderbetreuung wie bei der

Pflege Win-win-Situationen zwischen Familieneinkommen, Arbeitsplätzen, Frühförderung von Kindern und Entlastung Angehöriger. Hier gibt es viel ungenütztes Potential, das brach liegen gelassen wird. Es muss europaweit richtig investiert werden und von den Profiteuren der letzten Jahre, den obersten 10 Prozent, ein entscheidender Beitrag zu den Krisenkosten einverlangt werden“, fasst die Armutskonferenz zusammen. In die Zukunft investieren mit Bildung, Forschung, Kinderbetreuung und Pflege. Die Konjunktur nicht abwürgen, sondern Jobs schaffen, Budget konsolidieren, Schwächen des Sozialstaats korrigieren, seine Stärken optimieren. Wer sozialer Polarisierung mit all ihren negativen Folgen für die ganze Gesellschaft gegensteuern will, muss nicht nur für die Stabilisierung des Finanz- und Bankensektors eintreten, sondern auch für die Stabilisierung des sozialen Ausgleichs.“

Soziale Investitionen zahlen sich aus. Budgetkonsolidierung und Zukunftsinvestitionen sind kein Widerspruch, sondern gemeinsame Notwendigkeit und Gebot der Stunde.

Quelle: www.armutskonferenz.at

Deutschland liegt auf der Couch und lässt dafür ganz Europa leiden. Die Alternativen zum Kurs des ruinösen „Kaputtsparens“ lägen dabei auf der Hand. *Von Markus Koza.*

DEUTSCHE TRAUMATA

Lesen bildet. Lesen kann zusätzlich Vergnügen bereiten. Besonders vergnüglich und lehrreich ist dabei immer wieder – mensch glaubt es kaum – ein Blick in die „Financial Times Deutschland“ (FTD). Eine bunte Riege von KolumnistInnen gibt sich in dieser Zeitung ein munteres, publizistisches Stelldichein und analysiert vielfach prägnant, scharf und mit dem entsprechend ironischen Unterton (der erst ertragen lässt, was nicht zu ertragen ist) aktuelle ökonomische und politische Entwicklungen. Einer dieser Kolumnisten ist der „Chefökonom“ Thomas Fricke, ein gnadenloser Kritiker des wirtschaftspolitischen Kurses der deutschen Kanzlerin in Europa. Fricke spricht von nichts weniger, als dass Merkel Europa „ins Desaster“ stalkt.

DEUTSCHE TRAUMATA

Deutschland leidet an einem Trauma. Und ganz Europa hat mitzuleiden. Gegebenenfalls bis zum Untergang. Das deutsche Trauma Nummer eins – die Hyperinflation. Fricke: „Die Deutschen reagieren allergisch, wenn die Notenbank etwas mit dem Staat

macht – weil so was zur Hyperinflation 1923 beitrug.“ Deswegen verordnet Merkel quer über Europa massive Sparpakete, Schuldenbremsen im Verfassungsrang, Schuldenabbau, Budgetdisziplin, Budgetkontrolle, automatische Sanktionen, rigorose Strafen bei Verstößen. Wie zuletzt beim EU-Gipfel vom 8., 9. Dezember 2011 beschlossen. Schuld verlangt Sühne. Schulden verlangen Blut, Schweiß und Tränen-Sparpakete. Was Deutschland kategorisch ablehnt: Dass die Euro-Zentralbank Staatsanleihen krisengeschüttelter Staaten aufkauft, Staaten also billiges Geld zur Verfügung stellt. Denn dann drohe sich das deutsche Trauma Inflation und Hyperinflation zu wiederholen. Die Frage sei allerdings nur, so Fricke, ob denn tatsächlich jeder Anleihekauf Inflation auslösen würde und daher „selbst in Sonderfällen jede Intervention“ abgelehnt werden müsse. Begeben wir uns mit Fricke auf Antwortsuche.

DIE LEHREN AUS DER GESCHICHTE

„Geschichte hat einen enormen Vorteil: Man weiß, wie sie ausgegangen ist. Das ist bei EU-Gipfeln, die gerade angefangen haben, anders. Dabei könnten auch EU-Gipfel viel aus der Geschichte lernen. Wenn auch etwas anderes, als sie dachten,“ leitet Fricke einen Beitrag in der FTD (9. Dezember 2011) ein. Bezeichnender Titel: „Welches Trauma hätten’s denn gern?“. Beim Geschichtsstudium, so Fricke weiter, fällt nämlich auf, „dass sich da ein deutsches Trauma leicht verselbstän-

digt hat.“ Tatsächlich geht das „Trauma“ Hyperinflation in Deutschland nämlich auf das Weltkriegsjahr 1916 zurück, „... als es der Regierung nicht mehr gelang, die enormen Kriegskosten als Anleihen bei Privaten zu platzieren.“ Die Zentralbank sprang ein und druckte Geld. Und wie: Von Ende 1913 bis 1918 versechsfachte sich die Geldmenge – bei kriegsbedingt massiv um sechzig Prozent einbrechenden Industriekapazitäten: „Viel mehr Geld bei abrupter Angebotsverknappung ergibt eine lehrbuchmäßige Inflation.“ Nach dem Krieg brauchte es die Notenbank – die unmittelbar dem Reichskanzler unterstellt war – zur Finanzierung der Reparationszahlungen. Bis 1921 lag die Geldmenge inzwischen 21-mal so hoch wie vor dem Krieg. Die Industrieproduktion konnte mit diesem Geldmengenwachstum allerdings nicht annähernd mithalten, erst 1928 war der Produktionsstand der Vorkriegszeit erreicht. „Hyperinflation“ war da beinahe zwangsläufig die Folge.

Nur – was hat das mit der heutigen ökonomischen Situation zu tun? Und was für Schlüsse sollte mensch entsprechend ziehen? Zuallererst, so Fricke mit gar nicht leicht ironischem Unterton, „... dass es wichtig ist, nicht in Weltkriege zu ziehen, die man erstens nicht gewinnt und zweitens nicht mehr stabilitätspolitisch unbedenklich finanziert kriegt. Das wäre auch eine politisch sehr korrekte Lehre.“ Sonst könne man aus diesen historischen Erfahrungen hinsichtlich der Gefahr einer „Hyperinflation“ für die heutige Situation allerdings nicht viel lernen, da



MARKUS KOZA
IST UG-VORSITZENDER,
IM ÖGB-VORSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.



mensch einräumen muss, „... dass wir trotz aller Dramatik gerade weder einen Weltkrieg hatten noch einen kollabierten Industriemassstab.“ Gegen die Reichsbankintervention wirke „... selbst die Geldflut der US-Notenbank wie ein Rinnsal,“ so Fricke weiter. Und im Gegensatz zur deutschen Notenbank

wie damals in den USA. Dort folgte eine lange Depression. Und als alle glaubten, es sei vorbei, und darum die Notenbank Geld wieder aus dem Markt nahm, stürzte die Wirtschaft 1937 zurück in die Rezession.“ Der Versuch, auf diesen Wege Wirtschaftskrisen zu bewältigen galt daher seit Brüning

Traumaverdrängung, wenn die weitere historische Entwicklung verfolgt wird, die zahlreichen europäischen Staaten autoritäre Regime bescherte und in Deutschland schnurstracks in den mörderischen und barbarischen Nazi-Faschismus führte. Und: Scheint auch die Sorge vor einer „nationalsozialisti-



*Das „Trauma“
Hyperinflation geht
in Deutschland auf
das Weltkriegsjahr
1916 zurück*

unter dem Reichskanzler der Zwischenkriegszeit sei „... die Euro-Notenbank (...) ja auch noch keine Zweigstelle von Merkozy.“ Irgendwelche Schlussfolgerungen beziehungsweise Bedrohungsszenarien aus der „Hyperinflationszeit“ der 1910er und 1920er Jahre auf die aktuelle Krise umzulegen beziehungsweise zu konstruieren sei also unzulässig, weil in der Sache schlicht daneben.

Wenn mensch schon einen historischen Vergleich ziehen wolle, dann würden sich eher die 30er-Jahre des 20. Jahrhunderts anbieten, so Fricke weiter. Denn „damals wie heute war eine Finanzblase geplatzt, geriet ein zuvor völlig aufgeblähter Bankensektor ins Trudeln und gab es daher viele Schulden“. Damals dominierte die Lehrmeinung, dass man die Blase platzen lassen sollte und „Schulden nicht mit Schulden begleichen darf“. Die Folge: die Notenbanken intervenierten nicht, reihenweise gingen die Banken pleite, Reichskanzler Brüning ließ Löhne und Gehälter im Staatsdienst um zwanzig Prozent kürzen: „In Deutschland schnellte die Arbeitslosigkeit 1932 auf sechs Millionen, ähnlich

„... als ziemliches Desaster – was die Griechen heute erneut bestätigen können“, wie Fricke treffend schreibt.

TRAUMABEWÄLTIGUNG „AUTORITÄRER“ KAPITALISMUS

Interessanterweise ist das Trauma „Massenarbeitslosigkeit“, „Deflation“, „Verelendung“ infolge Brüning'scher Politik im kollektiven deutschen Bewusstsein weit weniger präsent als jenes der „Hyperinflation“ – obwohl sich die Situation heute eher mit jener der 1930er (Massenarbeitslosigkeit, Deflationsgefahr) als der 1920er Jahre (Hyperinflation) des vorigen Jahrhunderts vergleichen lässt. Im Unterschied zu den USA, denen das Trauma „Massenarbeitslosigkeit“, „Deflation“ und „Depression“ der 1930er tief in den Knochen sitzt. Was den US-Notenbankchef Ben Bernanke, der die Krise der 1930er Jahre als Professor erforscht hat, auch eine offensive Notenbankpolitik (ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Geld) als Maßnahme gegen die aktuelle Krise fahren lässt. Umso dramatischer wirkt die deutsche

schen“ beziehungsweise „faschistischen“ Renaissance vergleichbarer Intensität und Brutalität zumindest noch unbegründet: Wirtschaftspolitisch sind die Weichen in Europa bereits in Richtung eines „autoritären“ Kapitalismus gestellt. Joachim Bischoff und Richard Detje sprechen in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Sozialismus“ vom Ende des „demokratischen Kapitalismus“ und vor dem Hintergrund der Erfahrungen der 1930er-Jahre von einem „Brüning-Effekt“: „Politische Krisen in kürzeren Zyklen in Folge einer die gesellschaftlichen Verhältnisse zersetzenden Austeritätspolitik (strenge Sparpolitik zum Defizit- und Schuldenabbau, Anm.), zunehmende Diskreditierung des Parteiensystems, Zuflucht bei ‚Expertenkabinetten‘, die vermeintliche Sachzwänge dem Schein nach unabhängig von sozialen Interessengegensätzen und klientelistischen Machtstrukturen exekutieren sollen.“ Und weiter: „Die Funktion von Notverordnungen, mit denen Brüning's Nachfolger das parlamentari-

Bitte umblättern

sche System der Weimarer Republik aushebelten, hat heute die politische Architektur Europas übernommen, die seit den EU-Gipfeln vom März und Oktober 2011 zügig verfeinert wird. Danach müssen Mitgliedsstaaten ihre Haushaltsentwürfe – noch vor den Beratungen im nationalen Parlament – der EU-Kommission und dem Ministerrat zur Billigung vorlegen und unterliegen danach der permanenten Überwachung.“ Diesen „Notverordnungen“ auf EU-Ebene reihen sich nun die Gipfelergebnisse vom 8., 9. Dezember nahtlos ein – von der erzwungenen Schuldenbremse im Verfassungsrang bis hin zu den automatisierten Sanktionsmechanismen. Lauter Beschlüsse, die an zwischenstaatlichen Verträgen, am EU-Recht und in EU-Verträgen verankerten Mitbestimmungsregelungen vorbei, rechtlich verankert werden sollen. Die „Installierung eines autoritären Regimes“ sei dabei – wie die Entwicklungen 2011 zeigen würden – „... nicht nur Resultat des teilweise stummen, oft aber auch lärmenden Drucks der Finanzmärkte, sondern ist notwendigerweise vermittelt durch eine politische Klasse, die sich in postdemokratischen Verhältnissen einrichtet.“

DROHT DER „GROSSE KNALL“?

Wenn das deutsche Trauma „Hyperinflation“ nicht zur aktuellen Krise passt, dann geht auch die entsprechende Trauma- beziehungsweise Krisenbewältigung ins Leere. Und wie! Fricke untertitelt jenen Text, in dem er wie bereits erwähnt Merkel als „Desasterstalkerin“ wäht, entsprechend: „Die Kanzlerin versucht seit zwei Jahren, die Märkte mit immer neuen Paketen und herrischen Spardiktaten (für andere) zu besänftigen. Jetzt droht der Kollaps. Eine deutsche Tragödie.“ Vor allem jedoch auch eine europäische. Denn der verordnete autoritäre, wirtschaftspolitische Kurs hält nicht einmal annähernd, was er zu versprechen vorgibt: Das Vertrauen „der Finanzmärkte“ wieder zurückzugewinnen. Fricke spricht sogar davon, dass „immer neue Stabilitätspakte, Regeln und Spardiktate“ hinsichtlich des Ziels der Beschäftigung der Finanzmärkte nicht den „Hauch eines Erfolgs“ hatten. Im Gegenteil, Europa drohe dank Deutschlands Vorgaben „sehenden

Auges in eine richtige Jahrhundertkrise“ zu schlittern. Der Brüning der 1930er Jahre heißt zu Beginn des 21. Jahrhunderts Angela Merkel. Tatsächlich geben die Ereignisse der letzten Monate Fricke und allen KritikerInnen des deutschen Kurses mehr als recht: In Griechenland nimmt die Katastrophe ihren Lauf. Trotz oder besser gesagt wegen der massiven Sparpakete steigt die Staatsverschuldung von 143 Prozent (2010) auf 198 Prozent (2011). Weil die Konjunktur dramatisch einbricht und die Einkommen im öffentlichen Dienst um 15 Prozent, in den öffentlichen Betrieben um 30 Prozent gekürzt wurden. Insgesamt sind die Löhne bereits zwischen 15 und 20 Prozent gesunken. Die Arbeitslosigkeit liegt inzwischen bei über 18 Prozent. Ein weiterer Anstieg droht: Über 170.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollen noch abgebaut werden. Der Einkommensverlust eines durchschnittlichen griechischen Haushalts (aufgrund sinkender Löhne und höherer Steuern) beläuft sich im Jahr 2011 auf 13,7 Prozent. Das Programm der „nationalen Rettung“ bringt hunderttausenden GriechInnen Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung. Dass mit diesem radikalen Sparkurs kein Weg aus der Krise zu machen ist, schon gar nicht aus der Schuldenkrise, sagt eigentlich der Hausverstand. Und Griechenland ist mit seinem Schicksal nicht allein: 30 Milliarden Euro will der neue spanische Ministerpräsident (ein Konservativer) „sparen“. Das dreifache der Sparmaßnahmen, die bereits „Zapatero ins Bodenlose stürzen ließen“, so die Zeitung „El Pais“. Eine Schuldenbremse wurde bereits beschlossen. Und das bei einer Arbeitslosigkeit von fast 23 Prozent, einer Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent. Eine verlorene Generation. Nützen tut das alles nichts: „Die Finanzmärkte scheinen auch die neue Regierung Spaniens bereits abgeschrieben zu haben – wie man der Zinsentwicklung der Staatsanleihen seit den Wahlen entnehmen kann: Keine Entspannung, sondern ein Kursniveau, das die Flucht unter den EFSF-Rettungsschirm erforderlich machen könnte“, führen Bischoff und Detje im „Sozialismus“ weiter aus. Schließlich Italien, Portugal. Überall ein ähnliches Bild: Sparmaßnahmen, mehr (Portu-

gal) oder weniger (Italien) radikal, die allesamt ihre erhoffte Wirkung gegenüber „den Finanzmärkten“ verfehlen, dafür Rezession, Arbeitslosigkeit, Verelendung und budgetäre Nöte aufgrund sinkender Steuereinnahmen und steigender Ausgaben für Arbeitslosigkeit fördern. Von einer „Ruhe vor dem großen Knall“ spricht daher der SPIEGEL-online-Kolumnist Wolfgang Münchau, Mitbegründer der FTD, der den Zusammenbruch des Euro befürchtet – nicht zuletzt aufgrund der Politik Deutschlands. Denn, „... um die Katastrophe abzuwenden, müsste (...) Angela Merkel fast alles zurücknehmen, was sie bislang versprochen hat.“ Von einer Banklizenz für den Rettungsfonds, vom Kauf von Staatsanleihen durch die Zentralbank bis hin zu Euro-Bonds reicht die Forderungspalette Münchaus, unverdächtig, ein linker Utopist zu sein. Allerdings gebe es kaum mehr Sinn, das alles zu fordern, denn „... angesichts der politischen Situation in den Mitgliedsländern und der bisherigen Erfahrungen mit der Krisenpolitik ist nichts davon realistisch. Und aus dieser Konstellation ergibt sich eine Gefahr für den Euro, und dies, obwohl alle Beteiligten den Euro retten wollen.“

SOLIDARISCHE, EUROPÄISCHE ALTERNATIVEN – ES GIBT SIE

So verständlich Münchaus Frust auch ist, wir können ihn uns nicht leisten. Gerade wir als GewerkschafterInnen *dürfen* ihn uns nicht leisten, geht es doch darum, die autoritären Entwicklungen zu stoppen, eine politische und ökonomische Wende zu erzwingen und solidarische und ökologische Wege aus der Krise zu finden, um die systematische Verelendung von Abermillionen Menschen in Europa zu verhindern. Dass die europäische, weitestgehend von Deutschland vorgegebene Wirtschaftspolitik ins Desaster führt und derzeit nicht allzu viel darauf hindeutet, dass es zu einem grundlegenden Kurswechsel kommt, ist ein Faktum, das geradezu verzweifeln lässt. Dass allerdings in Frankreich im Mai 2012 Präsidentschaftswahlen stattfinden und der Sozialist Hollande intakte, um nicht zu sagen gute Chancen hat, in Zukunft den französischen Präsidenten zu stellen und dieser bereits angekün-



digst hat, die Gipfelergebnisse vom Dezember inklusive Schuldenbremse so sicher nicht umsetzen zu wollen, lässt wieder etwas Hoffnung zu. Auch dass das neuerdings rot-grün-dunkelrot regierte Dänemark im Rahmen seiner Präsidentschaft die Themen Beschäftigung und ökologischer Umbau unseres Industriesystems besonders behandelt wissen will, ist einmal grundsätzlich begrüßenswert. Möglich, dass ausgerechnet „die Märkte“ helfen, eine etwas anders gelagerte Politik erzwingen: Wenn etwa die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 22. Dezember 2011 „Marktanalysen“ anführt (wie etwa James Nixon, von der Société Générale) welche die Gipfelbeschlüsse dahingehend kritisieren, „... dass die Politiker weiterhin von der falschen Annahmen ausgingen, die europäische Krise sei allein auf zu hohe Staatsschulden zurückzuführen,“ und dass mehr Konzentration auf

Wachstum, Beschäftigung und die Stärkung der Binnennachfrage gerade in Deutschland notwendig seien, dann scheint diese Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen.

Und wenn Charles Dumas von Lombard Street Research dahingehend zitiert wird, dass er „... die ‚Merkozy‘-Übereinkunft und implizit die Gipfelbeschlüsse für fehlgeleitet und die deutsche Forderung nach praktisch ausgeglichenen Staatshaushalten nicht nur für ökonomisch ignorant, sondern sogar für verantwortungslos hält,“ weil der Region eine „lange Rezession, vermutlich sogar eine tiefe Depression und für die Schuldner eine unbremste Schuldenspirale“ droht, zeugt das im Unterschied zu so manchen Wortspenden österreichischer „ExpertInnen“ aus der Bankenbranche und der Wirtschaftsforschung von einem gewissen ökonomischen Hausverstand.

Wie könnte eine alternative wirtschaftspolitische Agenda zur Bewältigung der Krise in Europa aussehen? Einige „Bausteine“ eines EU-weiten Politikwechsels von falscher „Traumabewältigung“ auf deutsch hin zu mehr Solidarität und ökologischer wie ökonomischer Nachhaltigkeit liegen längst auf dem Tisch und wurden hier teilweise bereits kurz angeschnitten. Sie seien noch einmal zusammengefasst:

- Eine wesentliche Rolle zur Überwindung der Eurokrise käme der EZB als „lender of last resort“, als „Kreditgeber letzter Instanz“ zu. Die EZB muss klarstellen, dass sie zur Stabilisierung des Euroraums bereit ist, notfalls Staatsanleihen in unbegrenztem Ausmaß aufzukaufen. Das würde den hochverschuldeten Staaten die notwendige Verschnaufpause und generell niedrigere

Bitte umblättern

Zinsen verschaffen und der Spekulation auf Staatsanleihen einen Riegel vorschieben.

- Ein europäischer Währungsfonds (als Nachfolgeorganisation der Rettungsschirme EFSF und ESM) könnte in Folge gemeinsame europäische Anleihen („Euro-Bonds“) zu günstigen Konditionen ausgeben, Schulden „vergemeinschaften“. Um Spekulationsattacken gegen schwächere Staaten vorzubeugen, sollten die Länder der Euro-Staaten ihre Staatsanleihen gegen die diese europäischen Gemeinschaftsanleihen eintauschen. Eine Vergemeinschaftung würde natürlich auch eine engere wirtschaftspolitische Koordination und Zusammenarbeit der Staaten innerhalb der EU erfordern.

- Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit muss sich allerdings von ihrer bisherigen Fokussierung auf Wettbewerbsfähigkeit und Sparpolitik verabschieden. Vielmehr gilt es endlich Schritte in Richtung einer gemeinsamen Steuerpolitik zu tätigen und europaweit beschäftigungsintensive, „gute Arbeit“ schaffende Investitionsprogramme in Bildung, Klimaschutz, den ökologischer Umbau unseres Industriesystems, soziale Dienste und öffentliche Infrastruktur zu koordinieren und gemeinsam (zum Beispiel über die europäische Investitionsbank) zu finanzieren. Sparprogramme erschweren den Abbau von Staatsschulden – Europa und die Staaten der Europäischen Union müssen sich sinnvoll „aus der Krise investieren“ statt sich weiter „in die Krise hineinzusparen“.

- Eine wesentliche Rolle kommt auf europäischer Ebene dem Abbau „makroökonomischer Ungleichgewichte“ – also Leistungsbilanzdefiziten (Importüberschüsse) und -überschüssen (Exportüberschüsse) unter den EU-Staaten – zu. Dabei dürfen nicht nur jene Länder, welche Leistungsbilanzdefizite produzieren, im Fokus stehen. Sondern jene, die Leistungsbilanzüberschüsse erzeugen – weil Defizite wie Überschüsse zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Staaten, die dauerhaft Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften, müssen diese – etwa über eine offensive Mindestlohnpolitik, Stärkung der Binnennachfrage, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich etc. – ebenso abbauen, wie Länder, welche auf der anderen Seite -defizite produzieren. Der Abbau von Leistungsbilanzdefiziten muss dabei auf solidarischen Wege erfolgen und nicht durch Lohn- und Massenarbeitslosigkeit, Privatisierungen und Sozialabbau. Vielmehr gilt es den Aufbau von wirtschaftlichen Strukturen zu unterstützen und im Rahmen eines europäischen Aufbauprogramms zu stärken.

- Gleichzeitig muss die Regulierung der Finanzmärkte (strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbankbereich, strenge Einschränkung bis Verbot von Tätigkeiten von Hedge- und Private-Equity-Fonds, Einschränkungen und Verbote von Derivategeschäften ...) und die Sanierung der Banken oberste Priorität erhalten. Mit dem Ziel, das Primat der Politik über die Finanzmärkte zurückzuerobieren.

- Und: Es muss europaweit und europäisch koordiniert die Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen reduziert werden. Wobei eine Finanztransaktionssteuer und die „Abschöpfung von Liquidität“ über die Besteuerung von Vermögen dabei zentrale Instrumente wären. Vermögenssteuern stellen nebenbei die wohl wirkungsvollste, umfassendste und am leichtesten umsetzbare Beteiligung „privater Gläubiger“ an der Bewältigung der Schuldenkrise dar.

Lassen wir zum Schluss noch einmal Fricke zu Wort kommen: „Anders als in der Geschichte wissen wir leider nicht, wie es diesmal ausgehen wird,“ schreibt der Kolumnist. Allerdings: „Die historischen Lehren lassen eins aber vermuten: Dass Amerikaner für die aktuelle Krise das passendere Trauma (Massenarbeitslosigkeit, Deflationsgefahr, Anm.) haben, aus dem sie lernen. Sonst würde Euroland trotz (oder wegen) neuer Deutsch-Kenntnisse womöglich nicht so viel heftiger kriseln.“ Bleibt nur zu hoffen, dass das auch in europäischen Regierungskreisen – von Paris über Berlin bis Wien – irgendwann erkannt wird. Das „Hyperinflationstrauma“ sollte raschest dem „Brüningtrauma“ weichen. Sonst droht uns tatsächlich der „große Knall“. Und vor den möglichen Folgen eines solchen sollten wir alle gewarnt sein. Denn wir haben Geschichte gelernt ...



KOORDINIerte AKTION

Notenbanken fluten globale Finanzmärkte mit Geld - Kursfeuerwerk an den Börsen

888 Postings

ECB, US-Fed sowie die Notenbanken Kanadas, Japans, Großbritanniens und der Schweiz öffnen die Geldschleusen

OEDS AFFÄRE

Alle Gelddrucker frei

9 Postings

Umetritten: OeBS-Chef Wolt soll Gelder frei gemacht haben



Eine wissenschaftliche Tagung der Hans-Böckler-Stiftung ermöglichte die Auseinandersetzung von Wissenschaft und Gewerkschaften mit ihrer Rolle in demokratischen Prozessen. *Von Thomas Schmidinger.*

DEMOKRATISCHE PROZESSE

Die erstmals als öffentliche wissenschaftliche Tagung durchgeführte Konferenz der Promovierenden der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung vom 22. bis 24. November in Göttingen schuf einen konstruktiven Raum. Für inhaltliche und strategische Auseinandersetzungen von Promovierenden, etablierten WissenschaftlerInnen und GewerkschaftsaktivistInnen zur Rolle von Gewerkschaften im demokratischen Prozess.

Für die Vorbereitungsgruppe der Promovierenden bildeten die Revolutionen in Nordafrika und des Nahen Ostens und die Frage der Rolle von Gewerkschaften im Zuge dieser Revolutionen den Ausgangspunkt. Letztlich beschäftigte sich allerdings nur ein Panel explizit mit der Arabischen Welt. Obwohl das Programm nur schwer unter einen gemeinsamen Nenner zu bringen war, ergaben sich durch die Vielfältigkeit der Themenstellungen auch interessante Querverbindungen und Diskussionen, in denen sich AktivistInnen und WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Bereichen durch-

aus auch kontrovers einbringen konnten. Wolfgang Schroeder, der als Politikwissenschaftler, Gewerkschafter und Politiker in vielfacher Weise mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung verbunden ist und den Schnittpunkt dieser Konferenz damit auch in seiner Biographie verkörperte, hielt ein grundsätzliches Einleitungsreferat zur veränderten Situation von Gewerkschaften und ihren Beziehungen zum Staat. Schroeder ortete dabei einen Wandel von Gewerkschaften hin zu Lobby-Organisationen, die damit aber auch nur mehr eine Lobby unter vielen wären. Gewerkschaften hätten in den letzten Jahren einen Bedeutungsverlust erlitten, der auch neue Formen politischer Mobilisierung und von Interessenpolitik erfordere. Europäische Gewerkschaften, die bis vor kurzem in das politische System kooperiert waren, würden sich heute aufgrund dieses Machtverlustes vermehrt bei anglo-amerikanischen Gewerkschaften nach Methoden des Organizing unter neo-liberalen Bedingungen umsehen.

GEWERKSCHAFTEN IM ARABISCHEN FRÜHLING

Das erste Panel beschäftigte sich mit der ursprünglich als Kernthema der Konferenz konzipierten Frage der Gewerkschaften in Nordafrika, dem Mittleren Osten und deren Rolle in den Revolutionen und Protestbewegungen. Zunächst versuchte ich die von den Veranstaltern an mich herangetragene anspruchsvolle Aufgabe zu erfüllen,

einen Überblick über die Rolle der Gewerkschaften in den Protestbewegungen des so genannten „Arabischen Frühlings“ zu geben, was in den vorhandenen zwanzig Minuten selbstverständlich nur als Überblick mit Schwerpunkt auf Tunesien und Ägypten möglich war. Schließlich wurden noch die Unterschiede zwischen

- Staaten mit semi-autonomen Gewerkschaften und einer teilweise organisierten ArbeiterInnenbewegung (wie Tunesien und Ägypten) und
- Staaten mit völlig gleichgeschalteten Gewerkschaften ohne eine selbständig organisierte ArbeiterInnenklasse (wie Libyen und Syrien)

und deren Konsequenzen auf Revolutionen und mögliche Demokratisierungsprozesse herausgearbeitet.

Stefanie Slaoui-Zirpins von der Universität Frankfurt am Main stellte am Beispiel Marokkos ein konkretes Fallbeispiel eines nordafrikanischen Staates dar, in dem es zwar semi-autonome Gewerkschaften gibt, diese aber nur über beschränkte Einflussmöglichkeiten verfügen, relativ stark zersplittert sind und in den meisten Fällen bestimmten politischen Parteien nahe stehen.

Amy Vatury von der Universität Haifa sprach mehr als Aktivist und Organizer der neuen israelischen Gewerkschaft Koch La Ovdim denn als Wissenschaftler. Koch La Ovdim hatte sich im Kontext eines wilden Streiks am Flughafen von Tel Aviv als Alterna-

Bitte umblättern



THOMAS SCHMIDINGER
IST POLITIKWISSENSCHAFTLER, LEKTOR AN DER UNIVERSITÄT WIEN UND DER FACHHOCHSCHULE VORARLBERG.

tive zur alten „Staatsgewerkschaft“ Histadrut gegründet und versteht sich als klassenkämpferische Vertretung der israelischen ArbeiterInnenklasse. Sie versucht dabei einerseits in Bereichen aktiv zu werden, in denen die Histadrut bisher kaum aktiv war – etwa im Bereich zeitlich befristeter prekärer Beschäftigter – aber auch in Fabriken, in denen sich die Histadrut-Mitglieder nach einer kämpferischeren Gewerkschaft umsehen. Zudem organisiert die Gewerkschaft auch arabische Israelis und nichtjüdische (darunter illegalisierte) MigrantInnen.

Schließlich präsentierte der aus dem Sudan stammende ehemalige Gewerkschaftsführer Siddiq Elzailae, der nach dem islamistischen Militärputsch von 1989 ins Exil ging und nun in London am Working Lives Research Institute tätig ist, die komplexe Beziehungsgeschichte sudanesischer Gewerkschaften mit der Demokratie. Seine zentrale These stellte dabei eine direkte Verbindung zwischen Demokratie und demokratischen Gewerkschaften dar. Autoritäre Militärregime, insbesondere das derzeit an der Macht befindliche islamistische Regime, hätten Gewerkschaftsrechte nicht nur eingeschränkt, sondern auch die bestehenden Gewerkschaften unter Kontrolle des Regimes gebracht, während Gewerkschaften in den demokratischen Phasen des Sudan als eigenständige und demokratisch verfasste Akteure unabhängig agieren konnten.

GEWERKSCHAFTEN IN AFRIKA

Das zweite Panel widmete sich Gewerkschaften im subsaharischen Afrika. Ciara McCorley von der University of Limerick verglich in ihrem Vortrag den Beitrag von Gewerkschaften auf die Demokratisierung in Afrika, die Beispiele Südafrikas, Zambias und Zimbabwes. Lucky Ugbudian Igohosa von der Ibadan University (Nigeria) referierte über Gewerkschaften in der nigerianischen „Vierten Republik“, insbesondere in der nigerianischen Öl- und Gasindustrie. Adelina Mbinjama von der Nelson Mandela Metropolitan University aus Port Elizabeth referierte über die ANC-nahe Gewerkschaft COSATU und die Demokratisierung Südafrikas. Dabei plädierte sie für die Inklusion traditioneller afrikanischer

Gemeinschaftskonzeptionen in die Gewerkschaftsarbeit und die demokratischen Systeme Afrikas.

GEWERKSCHAFTEN UND MIGRANTINNEN

Wurden diese ersten beiden Panels zwar mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, so kam es allerdings erst bei jenen Themen, die direkt die Gewerkschaftsarbeit in Europa betreffen, zu kontroversielleren Debatten. Dieser zweite Teil der Konferenz begann mit einem Panel mit

- Sandra Stern, Dissertantin an der Universität Linz und Aktivistin des Prekärcafé in Wien, zu Gewerkschaften und un(ter)dokumentierter Arbeit von MigrantInnen,
- Ildikó Pallmann und Anne Pawletta, die zur Arbeit von Gewerkschaften gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung sprachen und
- Johanna Wolf, die ihr Promotionsprojekt über Debatten und Strategien der westdeutschen Arbeiterbewegung in den 1970er- und 1980er-Jahren vorstellte.

In der Debatte ging es schließlich um die Frage des Umgangs von Gewerkschaften mit dem Thema Migration im Allgemeinen und mit illegalisierten MigrantInnen oder Opfern des Menschenhandels im Besonderen. Deutlich wurde dabei, dass sich nicht nur der ÖGB, sondern auch Gewerkschaften in anderen Industriestaaten primär als VertreterInnen einheimischer ArbeiterInnen verstehen und damit im Spannungsfeld zwischen protektionistischen Positionen in Bezug auf den jeweiligen inländischen Arbeitsmarkt und Allianzen mit MigrantInnen und un(ter)dokumentierten ArbeiterInnen agieren.

GEWERKSCHAFTEN IM SPANNUNGSFELD

Am zweiten Tag wurde die Keynote speech von Christoph Scherrer, dem Leiter des Fachgebiets Globalisierung und Politik an der Universität Kassel, über die Rolle von Gewerkschaften in der Entwicklung einer global governance gehalten. Dabei insistierte er darauf, die nationale Ebene nicht zu vergessen. Entscheidungen würden keinesfalls nur in Brüssel oder Washing-



ton DC fallen. Die Nationalstaaten stellten weiterhin eine wichtige Arena der politischen Auseinandersetzung dar. Kritisch merkte er an, dass Gewerkschaften von supranationalen und internationalen Organisationen – mit Ausnahme der ILO – immer noch lediglich als eine NGO unter vielen behandelt würden. Skeptisch äußerte er sich über eine zu starke Fokussierung auf Straßenmobilisierungen, wie sie bei Treffen der WTO oder anderer internationaler Organisationen regelmäßig stattfinden. Damit könne zwar Aufmerksamkeit für bestimmte Themen erzeugt, aber nicht die Politik der WTO beeinflusst werden. Dabei stelle sich auch die Frage nach BündnispartnerInnen, wie etwa der Ökologiebewegung, die sich allerdings nicht als zuverlässige Partnerin für die eigenen Anliegen erwiesen habe. Zugleich könnten manchmal marginal erscheinende Änderungen in internationalen Abkommen weitgehende Folgen haben. Für solche Erfolge würden allerdings auch die Proteste eine wichtige Rolle spielen. Scherrer plädierte deshalb dafür, Beratung und Expertise internationaler Organisationen mit Straßenmobilisierungen zu verbinden und dies nicht gegeneinander auszuspielen. Nur mit einer richtigen Balance zwischen Mobilisierung und Lobbying könnten Erfolge erzielt werden.

Im ersten Panel widmeten sich schließlich vier WissenschaftlerInnen dem Spannungsfeld Europa. Nikolai Huke von der Universität Marburg präsentierte anhand des Beispiels Spanien



*Tunesien als Beispiel
für einen Staat mit
semi-autonomen
Gewerkschaften und
teilweise organisierter
ArbeiterInnenbewegung*

eine überzeugende Analyse des neuen austeritätspolitischen Autoritarismus der EU. Marius Tatar berichtete über die Politikverdrossenheit in Rumänien und Roland Maas über Gewerkschaften in Luxemburg und ihren Umgang mit dem Phänomen eines extrem hohen Anteils an MigrantInnen und GrenzgängerInnen im luxemburgischen Arbeitsmarkt. Michaela Schulze über die gewerkschaftliche Politik in Bezug auf die Welfare-to-Work-Reformen in Dänemark, Deutschland und den USA.

ORGANISATION, PARTIZIPATION

Für heftigen Widerspruch sorgte das zweite Panel, in dem die Psychologin Katharina Oerder versuchte, mit Mitteln aus der Unternehmens- und Verkaufsforschung die Mitgliederwerbung der Gewerkschaften zu erklären. Ein Werbefilm für das eigene Forschungsprojekt, mit dem der Vortrag eingeleitet wurde, könnte engagierte GewerkschafterInnen wohl eher ihre Mitgliedschaft überdenken lassen als neue Mitglieder zu gewinnen. Sozioökonomische Veränderungen spielen in dieser Analyse des Mitgliederschwunds der Gewerkschaften keine Rolle, sondern nur persönliche „Verkaufsstrategien“ in der Mitgliederwerbung. Wer zu wenige Mitglieder wirbt, hat eben das Produkt Gewerkschaftsmitgliedschaft zu schlecht beworben.

Wesentlich substantieller war dabei Torben Willwicks Beitrag über Mitgliederstrukturen in ländlichen Gewerkschaftsorganisationen und Christian

Schröders und Leiv Erik Voigtländers Beitrag über die spannungsreichen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Erwerbslosen. Der Tag endete schließlich mit einem Panel zu Gewerkschaften als Akteuren in der (politischen) Bildung mit Johannes Klenk, Claudia Jerzak und Johannes Bock.

GLOBALE PERSPEKTIVEN

Am letzten Tag fand schließlich eine Abschlussdiskussion mit Frank Hoffer von der Global Labour University und der ILO, Wolfgang Gründinger vom Think Tank 30, Eric Lee, der Vorsitzende der Trade Unions Linking Israel and Palestine (TULIP) und Wolfgang Lutterbach, dem Leiter der Internationalen Gewerkschaftspolitik des DGB, statt. Hoffer stellte fest, dass die Globalisierung tendenziell zu einer Aushöhlung demokratischer Prozesse geführt habe, da Entscheidungen auf demokratisch nicht legitimierte „Experten“ verlagert wurden. Ganz besonders betreffe dies den gegenwärtigen Zeitdruck auf Entscheidungen. Der ILO und den Gewerkschaften käme in einer Redemokratisierung die Rolle zu, um grundlegende arbeitsrechtliche Standards und Löhne zu kämpfen, die erst wieder demokratische Spielräume erzeugen würden. Lutterbach verwies auf die Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vor fünf Jahren in Wien, der mittlerweile auf internationaler Ebene als Partner Anerkennung gefunden habe und plädierte für eine Teilnahme an internationalen Pro-

zessen, was jedoch mit sozialen Kämpfen einhergehen müsse. Gründinger argumentierte aus der Perspektive eines Generationenkonfliktes und wies auf den Umbau in Richtung prekärer Beschäftigungsverhältnisse für Jüngere hin. Gewerkschaften sollten sich um diese Jüngeren und um Einzelunternehmer kümmern, die „freiwillig Sicherheit mit Freiheit eingetauscht“ hätten. In diesem Zusammenhang behauptete er weiters, dass gewisse „Besitzstanzwahrungen“ der Gewerkschaften der jüngeren Generation geschadet hätten. Der Kündigungsschutz für ältere ArbeitnehmerInnen würde es verhindern, dass Jüngere in reguläre Arbeitsverhältnisse kommen würden. Diesen Thesen hielten Lutterbach und Hoffer eine Verteidigung der Gewerkschaften entgegen, die allerdings nicht die liberalen Paradigmen Gründingers grundlegend in Frage stellten. Eric Lee ging am Ende noch einmal auf die Entwicklung von Gewerkschaften in der Arabischen Welt ein und stellte sein Projekt TULIP vor, das sich in der Zusammenarbeit israelischer und palästinensischer Gewerkschaften engagiert.

Die Tagung stellte einen wichtigen Raum wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Gewerkschaftsthemen dar. Der für 2012 geplante Tagungsband wird mit Sicherheit spannende Beiträge zu aktuellen Debatten bieten. Sollte die Hans-Böckler-Stiftung auch in Zukunft ähnliche öffentliche Tagungen zur Gewerkschaftsforschung organisieren und verstärkt internationale Gäste einbinden, könnte sie damit helfen, engagierte sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit Gewerkschaftsarbeit wieder an Universitäten zu verankern und der inter- und transnationalen inhaltlichen Auseinandersetzung von Gewerkschaftsfunktionären, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen Raum zu verschaffen.

Links: www.boeckler.de/4990_38004.htm
Bei Brookings Institution Press erscheint derzeit der gemeinsam mit Vedran Dzihic herausgegebene Sammelband „Looming Shadows//Migration and Integration at a time of Upheaval. European and American Perspectives“.

Eine Krabbelstube in der Bankfiliale.

Von Pit Wuhrer.

WIDERSTAND IN BRITANNIEN

Was unternimmt man gegen eine Regierung, die partout den Sozialstaat gegen die Wand klatschen will? Man lässt sich was Neues einfallen. Und vergisst die Vergangenheit nicht.

Im Grunde genommen war alles ernüchternd. Da kamen sie aus dem ganzen Land herbeigeströmt, hatten in Birmingham, Sheffield und Leeds Busse gemietet, waren in Bristol, Brighton und Luton in Züge gestiegen, um denen im Londoner Regierungsviertel mal richtig die Meinung zu sagen – und dann interessierte sich niemand für ihre Kritik. Die Regierung nicht, die Unterhausabgeordneten nicht und auch die Medien nicht. Dabei hätte sich ein genaues Hinhören gelohnt. „Was denken die eigentlich, wo wir uns herumtreiben, wenn sie unsere Jugendzentren zumachen?“, fragte da etwa Chandel Neadham aus Wolverhampton. Noch bitterer und ein klein bisschen drohend klang auch das, was Deyontae James zu sagen hatte: „Die sparen doch bloss bei uns, weil sie glauben, dass wir uns nicht wehren können.“ Fast alle der über tausend Jugendlichen, die sich da in der Londo-

ner Methodist Central Hall versammelt hatten, zeigten sich ähnlich frustriert. Sie berichteten, dass in manchen Grafschaften, etwa in Oxfordshire, die Jugendarbeit inzwischen gänzlich eingestellt wurde, dass dort aufgrund der drastischen Sparmassnahmen der konservativ-liberalen Regierung alle Jugendzentren schliessen mussten und dass sämtliche JugendarbeiterInnen entlassen wurden.

BREITER AUFRUHR – SCHWEIGENDE BBC

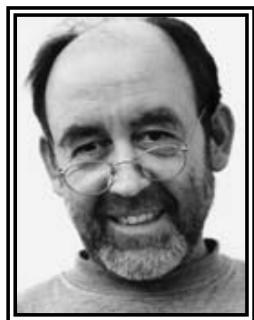
Sie rechneten vor, dass allein mit den Boni, die im Feber den BankerInnen in der Londoner City ausgezahlt wurden, die Jugendarbeit in England und Wales für 26 Jahre zu finanzieren wäre. Und sie zitierten eine Studie der Gewerkschaft Unite, derzufolge bis Ende des Jahres rund der Hälfte der insgesamt 7000 JugendarbeiterInnen in England und Wales gekündigt werden soll. Verheerende Aussichten, wenn man die Ausschreitungen, die Riots, im August und die desolaten Verhältnisse in den Armenvierteln der Großstädte bedenkt – aber kaum jemand scherte sich drum: Nur der BBC war das Treffen der Kids eine Meldung wert.

Ähnlich erging es den 300 EisenbahnerInnen, die am selben Morgen ebenfalls in der Methodist Central Hall von Westminster ihre Banner entrollten. Auch sie hatten eine Kundgebung organisiert – gegen die Rationalisierungspläne der Regierung, die den privatisierten Bahngesellschaften einen weiteren Stellenabbau und erhebliche

Lohnkürzungen erlauben will. Über ihren Protest berichtete nicht einmal die BBC.

Woher kommt das Desinteresse der Öffentlichkeit? Dass die überwiegend konservativen Medien die beiden Anlässe nicht vermelden würden, war zu erwarten gewesen. Aber die anderen? Vielleicht liegt es ja an der schieren Menge der Aktionen. Denn wohin man derzeit auch blickt – ein Teil der Bevölkerung befindet sich in Aufruhr: lokale Kundgebungen in Greenwich, Hull, York, Nottingham oder Cardiff gegen die Schließung kommunaler Einrichtungen wie Kinderhorte und Büchereien; Demonstrationen in Liverpool und Manchester gegen die den Stadtverwaltungen aufgezwungenen Haushaltskürzungen; überall Versammlungen, Mahnwachen und Sitzstreiks für anständige Renten, zur Verteidigung des staatlichen Gesundheitswesens oder gegen die Schließung von Einrichtungen für Behinderte.

Selten zuvor sind in diesem Land so viele Menschen bei so vielen Aktionen gegen die Regierungspolitik auf die Strasse gegangen. Im November 2010 rebellierten 50.000 SchülerInnen und Studierende gegen die Verdreifachung der Studiengebühren. Im März 2011 demonstrierten 400.000 GewerkschafterInnen in London gegen die Sparmassnahmen des Kabinetts von David Cameron, die – so fürchten ExpertInnen – in den nächsten vier Jahren bis zu 1,3 Millionen Jobs kosten könnten. Ende Juni legten dann rund 700.000 Beschäftigte des öffentlichen Diensts für einen Tag die Arbeit nieder.



PIT WUHRER
IST JOURNALIST
DER SCHWEIZER
WOCHENZEITUNG (WoZ)

Doch die Regierung denkt nicht daran, ihren Kreuzzug gegen das, was vom britischen Sozialstaat noch übrig geblieben ist, einzustellen. Dabei waren nicht nur britische ÖkonomInnen seit langem vor den Folgen. Mit einer Staatsverschuldung in Höhe von rund achtzig Prozent der Wirtschaftsleistung stehe Britannien im internationalen Vergleich recht gut da, argumentieren sie. Zudem würde das Kürzungspro-

„Es war schon traurig, wie schnell die ersten Proteste verpufften“, sagt Paul Long, der an der ersten Demonstration der Gewerkschaften teilgenommen hatte. Das war im Oktober 2010 gewesen, Schatzkanzler George Osborne hatte gerade das Sparpaket vorgestellt. „Der Abend war kalt“, erinnert sich Long, „nur wenige zogen vors Parlament, und dann gingen alle nach Hause.“ Niemand habe Notiz davon

erfahrene AktivistInnen des zivilen Ungehorsams auf und besetzten kurzerhand die Vodafone-Filiale in der Londoner Oxford Street. „Hier hatten wir den Link zu den Kürzungen“, sagt Long. „Mit dem Geld, das die Regierung Vodafone schenkte, hätten unzählige Sozialeinrichtungen finanziert werden können.“

Die Botschaft kam an. Kurze Zeit später entstanden im ganzen Land ähnliche Flashmob-Initiativen, die seither unter dem Namen UK Uncut für Furore sorgen. Denn nicht nur Vodafone geriet ins Visier der AktivistInnen. Sie okkupierten auch die Topshop-Modelfilialen des Multimilliardärs Philip Green, der seine steuerbaren Einkünfte nach Monaco transferiert. Sie ließen sich in den Läden der Drogeriekette Boots nieder, die 2008 ihren Finanzsitz in die Schweiz verlegt hatte. Sie besuchten das Edelkaufhaus Fortnum & Mason, dessen EigentümerInnen ebenfalls Steuern vermeiden, und besetzten Supermärkte des Tesco-Konzerns, der sich aus Steuergründen eine komplexe Firmenstruktur zulegte.

STEUERSCHWINDLER IM SCHAUFENSTER

„Mit unserem konfrontativen Ansatz haben wir etwas geschafft, was den Gewerkschaften bisher kaum gelungen ist“, sagt Paul Long. „Wir wurden wahrgenommen, weil wir unsere Aktionen mit einer einfachen Botschaft verknüpfen: Stoppt den Steuerschwindel, dann braucht es keine Kürzungen.“ Nicht nur die Medien griffen das Thema auf, auch die PassantInnen und die VerkäuferInnen reagierten zustimmend. Dieselbe Antwort auf den Regierungskurs hatte auch die große Service-public-Gewerkschaft PCS schon seit länger verbreitet: Ihren Berechnungen zufolge – die mit vertraulichen Unterlagen des Finanzministeriums übereinstimmen – könnte die Staatskasse jährlich Milliarden Pfund mehr einnehmen, wenn die Regierung alle Steuerschlupflöcher stopfen und alle ausstehenden Steuern auch eintreiben würde.

„Einmal hatten wir 55 Besetzungen an einem einzigen Tag“, erzählt Long, „das war fantastisch.“ Ein Zufall ist die Popularität solcher Aktionen freilich

Bitte umblättern



gramm nur eine neue Rezession auslösen, wie vor kurzem hundert WirtschaftswissenschaftlerInnen in einem offenen Brief an die Regierung schreiben. All das kümmert die achtzehn MillionärInnen dort jedoch wenig. Denn die aktuelle Staatsschuld, die vor der Finanzmarktkrise und der teuren Bankenrettung nur halb so gross gewesen war, bietet den Marktradikalen eine willkommene Gelegenheit, den britischen Staat völlig umzukrempeln. Und arg erfolglos ist ihr Argument, dass es zur Sparpolitik keine Alternative gebe, derzeit ja nicht: Rund die Hälfte der Bevölkerung glaubt bis anhin, dass der Sparkurs nötig ist.

genommen, „und so sind wir auf die Idee gekommen, andere Protestformen auszuprobieren und vor allem das Argument von der Alternativlosigkeit zu widerlegen. Dass unsere Aktionen so einschlagen würden, konnten wir damals nicht ahnen.“

Dem 24-jährigen Long und seinen KollegInnen, die sich wie er bereits an den sogenannten „climate camps“ gegen neue Kohlekraftwerke und Flughafenausbauten beteiligt hatten, war aufgefallen, dass das britische Steueramt in einem Geheimabkommen dem Mobilfunkkonzern Vodafone umgerechnet Milliarden Pfund an Steuern erlassen hatte. Diese Information griffen

nicht. UK-Uncut achtet sehr darauf, dass alles friedlich abläuft, „denn es geht nicht um die direkte Aktion an sich, sondern um das Zeichen, das wir damit setzen. Und wir wollen möglichst viele Menschen mit einbeziehen.“ Das klappt auch ganz gut: Reingehen, Flugblätter verteilen, die KundInnen ansprechen, ein T-Shirt mit der Aufschrift „Ich bin ein Steuerschwindler“ überziehen und sich ins Schaufenster stellen, während draussen per Megafon der Sinn der Aktion erklärt wird.

KREATIV WIE SUFFRAGETTEN

Diese Kombination von radikaler Taktik und radikalen Vorschlägen ist in Britannien nicht neu. Schon die Suffragetten hatten Anfang des 20. Jahrhunderts für das Frauenstimmrecht nicht nur harmlos demonstriert: Sie sprengten Briefkästen, schmissen Fensterscheiben ein, steckten Landsitze der Begüterten in Brand und ketteten sich an (heute kleben sich UK-Uncut-AktivistInnen mitunter an Schaufenstern fest). Radikal war auch der Widerstand der Frauen von Greenham Common, die in den 1980ern über Jahre hinweg die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen bekämpften und sich immer wieder durch die Zäune der Waffenbasen schnitten. In den letzten Jahren war ein radikaler Protest von UmweltschützerInnen sogar erfolgreich: Die direkten Aktionen verhinderten ein neues Kohlekraftwerk und den Ausbau des Flughafens Heathrow.

Auch die Steuerkampagne von UK-Uncut blieb nicht ohne Wirkung. Das Thema wird seither selbst in den Ministerien diskutiert. So wandte sich die Initiative dem Finanzsystem zu, „schliesslich hatten die Banken den Crash verursacht, der uns die Sozialeinrichtungen wegnimmt“ (Paul Long). Mit der Folge, dass über Monate hinweg auch Bankfilialen Besuch bekamen. Von Eltern, die mit ihren Kindern den Schallerraum in eine Krabbelstube verwandelten, weil die Gemeinde den Kinderhort schliessen muss. Oder von SchauspielerInnen, die vor den Kassen Shakespeare rezitierten, weil die Kulturförderung eingedampft wird.

Kreativ waren die UK-Uncut-AktivistInnen nicht nur beim Streik der Staatsangestellten im Juni 2011, als sie die Streikposten mit Tee und Sandwiches

bewirteten. Kreativ waren sie auch am 9. Oktober. An diesem Tag hatten 2000 DemonstrantInnen illegal die Westminster Bridge besetzt. Im Unterhaus wurde gerade über die Privatisierung des nationalen Gesundheitswesens debattiert und die Brücke führt direkt vom Parlament zum St.-Thomas-Spital. Als die Besetzung vorbei war, trafen sie sich zu einer Versammlung, auf der die Idee eines Occupy-Camps entstand. Die Londoner Occupy-Bewegung hat also tiefe Wurzeln und ist auch recht stabil. Die beiden Camps vor der St.-Paul's-Kathedrale (eine Besetzung des Platzes vor der Londoner Börse hatte die Polizei verhindert) und auf dem Finsbury Square (wohin viele BesetzerInnen ausweichen mussten, weil vor der Kathedrale kein Platz mehr war) waren von Anbeginn an Diskussionsforen: Hier debattieren junge KapitalismuskritikerInnen mit Börsenhändlern, hier treffen altgediente GewerkschafterInnen, wie der fünfzigjährige Busfahrer und Familienvater David MacGinty, auf ein Publikum, das sie bisher nicht kannten. Und mitunter legen vermögende BankerInnen auch mal tausend Pfund in die Spendenkasse – „weil sie wahrscheinlich viel besser wissen als wir, dass es so nicht weitergehen kann“ (MacGinty).

ALTERNATIVEN ENTWICKELN

Das Zeltcamp wirkt aufgeräumt, alle zwei Stunden fegt jemand den Platz. In der Tent University, dem grössten Zelt,

vermitteln ProfessorInnen wie Richard Wilkinson (sein Buch „Gleichheit ist Glück“ wurde in der „Wochenzeitung“ besprochen) einem jungen Publikum ihre Erkenntnisse, es gibt ein Erste-Hilfe-Zelt, eine Gratiskantine (die natürlich auch Obdachlose verköstigt) und ein Informationszelt für die vielen JournalistInnen, die vor allem die zwei Vollversammlungen pro Tag verfolgen. Neben den Recyclingkübeln steht ein Klavier, das irgendwer gespendet hat.

Professioneller kann man ein Ad-hoc-Camp nicht einrichten. Und verstören könnte der Protest kaum sein: Dass sich die OkkupantInnen mit ihren Forderungen Zeit lassen, dass sie erst einmal ein Zeichen gegen ein Raubtiersystem setzen wollen, das alle verschlingt, und dass sie von unten her und mit allen, die vorbeikommen, Alternativen zu entwickeln versuchen – all das richtet sich nicht nur gegen das System der kapitalistischen Profitmaximierung. Das trifft auch die Linke, die es in den letzten Jahrzehnten nicht geschafft hat, glaubwürdige Konzepte für eine bessere Gesellschaft zu entwickeln.

So gesehen ist die britische Occupy-Bewegung ein Versuch. Und wenn es damit nicht klappt, sagt Paul Long, „dann lassen wir uns halt was Neues einfallen“.

Quelle: Die Wochenzeitung (WOZ), 17. November 2011, www.woz.ch.



Kasachstan:

SOLIDARITÄT IST NÖTIG

Seit über sieben Monaten streiken die ErdölarbeiterInnen in Westkasachstan. Betroffen sind die Ölförderanlagen von „KarazhanBasMunai“ (gehört der staatlichen kasachischen Ölfirma), im kaspischen Meer nahe den Städten Zhanaouzen und Aktau. Es geht um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Streikbewegung ist großen Repressionen ausgesetzt. Die Anwältin der ArbeiterInnen, Natalia Sokolova, wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt (Gesetzesverstoss: „soziale Unruhe“). Im August wurden der Gewerkschafter Zhaksylyk Turbayev und später die Tochter eines Erdölarbeiters ermordet.

ANGRIFFE DER POLIZEI

Wie bei den revolutionären Bewegungen im arabischen Raum wird der Hauptplatz von Zhanaouzen wöchentlich, manchmal über mehrere Tage, für Versammlungen der Bevölkerung, Aktionen und Beschlüsse, besetzt. So gab es dort z.B. eine große Solidaritätskundgebung mit dem irischen EU-Parlamentarier Paul Murphy (Socialist Party). Der 16. Dezember 2011 (der zwanzigster Jahrestag der kasachischen Unabhängigkeit) wurde vom Regime zum großen Feiertag erklärt. In Zhanaouzen beschloss die Regionalverwaltung, den Hauptplatz für die Feierlichkeiten zu nutzen. Die ArbeiterInnen entschieden sich daher, auf ihrem Platz zu bleiben und bei den Feiern auf ihre Forderungen hinzuweisen. Am 16. Dezember griff die Polizei die friedlichen ArbeiterInnen mit Schusswaffen an. Es kam zu Toten und zahlreichen Verletzten. Während das Regime offiziell nur 16 Tote zugibt, starben wahrscheinlich über 50 Menschen, später mehr. In den folgenden Tagen gab es Streiks und Demonstrationen in ganz Kasachstan. In Zhanaouzen selbst wurde der Ausnahmezustand verhängt und Spezialeinheiten der Polizei versuchen mit militärischer Härte, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Die Stadt

Weitgehend unbeachtet von westlichen Medien gehen die Proteste der Bevölkerung weiter. Der Ausnahmezustand in Westkasachstan wurde bis Ende Jänner verlängert.

Von Michael Gehmacher.



ist abgeriegelt. Die ArbeiterInnen antworten mit Blockaden, Besetzung von Verwaltungsgebäuden uvm. Das Regime gibt „Hooligans“ die Schuld an den Ausschreitungen und behauptet, diese seien konspirativ organisiert worden. Tatsächlich wurden die ArbeiterInnenproteste vor dem 16. Dezember am Hauptplatz von Zhanaouzen beschlossen und in den Medien angekündigt. Während des Streiks war es den ArbeiterInnen besonders wichtig, ihren Protest friedlich zu organisieren. Was viele unabhängige Videos beweisen.

REPRESSION GEHT WEITER

Zahlreiche GewerkschafterInnen, KünstlerInnen, linke PolitikerInnen aus Deutschland, Griechenland, Israel, uvm. haben sich mit der internationalen Kampagne solidarisiert. Über 40 EU-ParlamentarierInnen haben beim kasachischen Regime protestiert.

Die Kampagne fordert:

- Stoppt das Töten, Rückzug der Truppen,
- Die Forderungen der Streikenden müssen erfüllt werden, gebt ihnen ihren Job zurück,
- Eine sofortige offizielle Untersuchung des Massakers durch ArbeiterInnen, ihre AnwältInnen und gewählte VertreterInnen,
- Freiheit für alle politischen Gefangenen, inklusive der Anwältin der ÖlarbeiterInnen, Natalia Sokolova,
- Das sofortige Ende der Repression gegen oppositionelle AktivistInnen,
- Das Ende der Unterstützung für das autoritäre Nazabayev-Regime durch europäische und internationale

Regierungen, PolitikerInnen, Diplomaten und Kulturschaffende.

Auch die KIV/UG, die AUGÉ/UG und andere in Österreich haben sich dem Protest angeschlossen.

Mehr Infos, Videos und Möglichkeiten, sich zu solidarisieren, gibt es auf slp.at, campaignkazakhstan.org, socialistworld.net.

Wir brauchen Spenden

Jede Spende landet zu hundert Prozent bei den ArbeitnehmerInnenorganisation vor Ort. Spenden bitte an „SLP, Verwendungszweck: Kasachstan, PSK 8812.733, BLZ 60.000“.



Anna Leder (Hg.)

Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung

Kollektive Gegenwehr in Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Österreich und Serbien

224 Seiten, 17,90 Euro, ISBN 978-3-85371-333-4

Weltweit und auch in Europa treten Unternehmen zunehmend aggressiver auf. Die Gewerkschaften weichen vor ihnen zurück. In den vergangenen Jahren entstanden daher europaweit „wilde“ Arbeitskämpfe. Von den unterschiedlichen Formen dieses Widerstandes, von Streiks und Betriebsbesetzungen, von Managerfestsetzungen und spontanen Kundgebungen berichten die AutorInnen in diesem Buch.

Die großen Gewerkschaftsverbände stehen den Veränderungen auf den Arbeitsmärkten immer hilfloser gegenüber. Sinkende Löhne, steigende Arbeitszeiten, die Aushöhlung arbeitsrechtlicher Standards und die Zunahme befristeter, prekärer Arbeitsverhältnisse haben tiefe Spuren der Verunsicherung und der Entsolidarisierung in der Gesellschaft hinterlassen. Diese Entwicklung hat zu einer Legitimationskrise der Gewerkschaften geführt.

Doch eine wachsende Anzahl von Belegschaften ist nicht mehr bereit, die sozial verheerenden Auswirkungen der Konzernpolitiken hinzunehmen. Sie beginnen, sich selbst zu ermächtigen und einen Ausweg aus ihrer oft existenziell bedrohlichen Situation zu suchen. „Wilde“ Arbeitskämpfe finden in den unterschiedlichsten Branchen statt: In der Metallindustrie genauso wie im Textil- und Bekleidungssektor oder in der Automobilindustrie. Demokratische Entscheidungsstrukturen in Basisorganisationen sind in diesen Kämpfen von wesentlicher Bedeutung. Dementsprechend vielfältig sind auch die Formen, die die Auseinandersetzungen annehmen.



Peter Ulrich Lehner

Widerstand und Freiheitskampf

lyrische beiträge des 20. jahrhunderts aus österreich

400 Seiten, gebunden, 19,90 Euro, ISBN: 978385476-319-2

Widerstand und Freiheitskampf sind das zentrale Thema dieser Anthologie von Gedichten aus Österreich. Es sind literarische Beiträge zur politischen Aufklärung über den Faschismus. Daher beschränkt sich diese nicht auf Gedichte, die den Faschismus anprangern oder seine Schreckensherrschaft naturalistisch schildern. Die Auswahl beleuchtet vielmehr die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus, sein Wesen und seine Mechanismen und thematisiert Möglichkeiten, dem wieder aufkommenden Faschismus den Nährboden zu entziehen.

Schilderungen des Leides als Anklage gegen Brutalität und Mord, werden Gegenwehr und Zuversicht gegenüber gestellt. Sehnsuchtsvolles Heimweh aus der Ferne des Exils wird mit Hoffnung aus den Kerkern und Lagern gepaart. Spott als Waffe, Gestalten des Opfers und des Widerstands, Mahnung und Aufruf, Zukunft als Widerstand sind weitere Themen dieser Zusammenstellung. Die Gedichte gegen den Faschismus von einst klingen in den Versen gegen den Faschismus von heute fort.

Ein geschichtlich-essayistischer Abriss zu „Faschismus als Brachialgewalt des Kapitals. Über Brutalität, Widerstand und Freiheitskampf in Neuzeit und Moderne“ kontrastiert den Faschismus in Österreich mit einigen Beispielen in Afrika und Lateinamerika. Ein Essay über den Zusammenhang von Lyrik und Freiheitskampf rundet den Band ab. Die AutorInnen der Gedichte sind Opfer des Faschismus oder WiderstandskämpferInnen, beziehungsweise ZeitzeugInnen sowie Nachgeborene.